

109-5/3

MINISTERSTVO NÁRODNÍ BEZPEČNOSTI ARCHIVNÍ A STUDIJNÍ ODBOR	
Došlo	
Čj.	109-5/3
Přílohy	56

56 listů

17. 8. 2009 Jurel

Krab. 95.

**ST S**

V - A - /41.

V - A - /44.

Der Reichsprotector  
in Böhmen und Mähren

8. April 1941

Prag, den

Nr. I l a - 3553

Vertraulich !

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen und den Gegenstand bei weiteren Schreiben anzugeben.

An:

- a) die Abteilungen I - IV
- b) die Zentralverwaltung
- c) die Gruppen
- d) die Dienststelle für das Land Mähren
- e) die Oberlandräte
- f) den Befehlshaber der Sicherheitspolizei  
( mit 5 Mehrabdr.)
- g) den Befehlshaber der Ordnungspolizei

jeweils  
mit per-  
sönlicher  
Anschrift  
und Zusatz  
•.V.i.A.

nachrichtlich

An:

- h) den Wehrmachtbevollmächtigten
- i) die Parteiverbindungsstelle
- k) das Büro des Reichsprotectors
- l) das Büro des Staatssekretärs
- m) das Büro des Unterstaatssekretärs

Betrifft: Auswirkung der Ereignisse auf dem Balkan auf  
das Protektorat

Die neuen politischen und militärischen Ereignisse auf dem Balkan erfordern eine verschärfte Beobachtung aller Verhältnisse im Protektorat Böhmen und Mähren. Ich bitte, jeweils im eigenen Zuständigkeitsbereich die Auswirkung des Kriegszustandes mit Jugoslawien und Griechenland auf die Protektoratsbevölkerung genauest zu überwachen bzw. zu beobachten. Über besondere Erscheinungen ist schnellstens zu berichten.

Bei allen feindlichen Handlungen (Demonstrationen, Sabotagefällen, Angriffen auf einzelne Personen usw.) ist sofort auf das Schärfste durchzugreifen.

In Vertretung:

gez. Frank

Beglaubigt:

*Frank*  
Registrator

U.P.-V-A/41.

H-Oberführer Dr. B e r t s c h

Prag, den 27. Mai 1944. 2

- Nr. V-918/44 -

Eilt sehr! h

An

Vertraulich!

H-Standartenführer Dr. G i e s  
Chef des Ministeramts.



Die Frage der Diensträume für Gauleiter e.h. Jung als Leiter der Reichsinspektion und Bevollmächtigter des GBA für das Protektorat Böhmen und Mähren muss nunmehr geklärt werden. Ich bitte, ihm Räume im Czernin-Palais oder in einem anderen Amtsgebäude Prags anzubieten. Es bedeutet für meine Mitarbeiter im Generalreferat V 2 eine erhebliche Störung in ihrer Arbeit, dass Gauleiter e.h. Jung während seines Aufenthalts in Prag sich im Dienstzimmer von Ministerialrat Dr. Dennler im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit aufhält. Dies ist ein Zustand, der baldigst beseitigt werden sollte.

Ab 1. Juni ds. Ja. wird Gauleiter e.h. Jung dauernd in Prag sein.

Der Herr Staatsminister hat ja auf meinen Vortrag hin entschieden, dass Gauleiter e.h. Jung Diensträume in dem autonomen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit nicht zugewiesen werden. Die Reichsinspektion hat in einem autonomen Ministerium nichts zu suchen.

*Dennler*

*Das ist ein Problem!  
Es erwidert uns nicht glücklich,  
Sicherlich im Czerninpalais sind keine  
Räume zu bekommen. Es muss sein, dass  
wir uns hier. Aber an demselben Tag freigegeben.  
klar.*

*19  
✓  
7/6*

*Apracora no  
31. 10. 46.*

*zum Vortrag 21. 11. 41 NW  
St. P. - V - A - 44  
5. 44.*

Der Reichsprotector  
in Böhmen und Mähren

I l a - 389 g

Prag,

Büro des Staatssekretärs  
des Reichsprotectors  
in Böhmen und Mähren.

Eing.: 20. APR. 1940

Tgb. Nr.: 2542

Geheim

- An a) den Herrn Befehlshaber der Sicherheitspolizei  
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren, Prag  
b) die Gruppe Mähren  
c) die Herren Oberlandräte  
d) die Abteilung I und II  
e) sämtliche Gruppen der Behörden

a) - e) mit persönlicher Anschrift u. Zusatz o.V.i.A.

Betrifft: Verwaltungsbericht für März 1940

In der Anlage übersende ich Ihnen Abdruck des  
Verwaltungsberichtes für März 1940, den ich aus dem gesamten  
im März angefallenen Material zusammengefasst habe, zur  
gefl. Kenntnisnahme.

Im Auftrage :  
gez. Dr. Fuchs

Reichssekretär



V. R.

Der Reichsprotector  
in Böhmen und Mähren  
I l a - 389 g

Prag, den 17. April 1940

Betrifft: Verwaltungsbericht für März 1940

A. Politische Lage  
I. Tschechische Bevölkerung

Die im wesentlichen unveränderte Stimmung und Haltung der tschechischen Bevölkerung hat an den zwei besonderen Gedenktagen des März wiederum ihren charakteristischen Ausdruck gefunden. Die Ruhe und Ordnung ist nirgends gestört worden. Der 7. März, der Geburtstag Masaryks, war stellenweise als stillschweigender Feiertag unverkennbar; Feiertagskleidung wurde getragen, Gast- und Vergnügungsstätten waren stärker besucht. Bei den Feierlichkeiten am 15. und 16. wiederum war die tschechische Bevölkerung betont zurückhaltend. Man hielt sich von Strassen und öffentlichen Plätzen fern; es hatte den Anschein, als benütze man den gleichzeitig eingetretenen Eisgang und die Hochwassergefahren als Gelegenheit, um diesen das ganze Interesse zuwenden zu können.

Auch der finnisch-russische Friedensschluss konnte nur kurze Zeit und keineswegs in bemerkenswertem Masse die bis Ende März fast überall noch unerschütterte festzustellende Überzeugung vom Siege der Westmächte gefährden.

Die Bauern tragen infolge der guten Preise und gesicherten Absatzlage, die Arbeiter infolge des Fählens jeder bedrohlichen Arbeitslosigkeit und dank des Gefühls einer sich bessernden sozialen Stellung weder einen Widerstand noch eine Ablehnung offen zur Schau. Immerhin tauchen auf dem flachen Lande Flugblätter der ehemaligen agrarischen Partei auf, die dazu auffordern, die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte möglichst einzuschränken und alles nur auf den Selbstbedarf abzustellen. Stellenweise sind offensichtlich im Zusammenhang mit der Eierablieferungspflicht Hühner in abnormalem Ausmass geschlachtet worden. Bei der übrigen Bevölkerung sind die Zeichen ablehnender Haltung deutlicher  
und

4a

und mannigfaltiger: Es häufen sich aus verschiedenen Landstrichen die Meldungen, wonach deutschfreundliche Tschechen und Deutsche von ihrer Umgebung schikaniert werden. Die Tatsache, dass ein Familienmitglied im Reich arbeitet, genügt z.B. zum Boykott, zu Kündigungen aus der Wohnung und Arbeit, zur Verweigerung der nötigen Unterstützung durch die Gemeindeämter usw. Überhaupt zeichnen sich gerade die Behörden dabei aus. Deutsche werden bei jeder geeigneten Gelegenheit, namentlich auf steuerlichem Gebiete viel schärfer als die Tschechen angefasst. Zahl und Inhalt dieser Meldungen können nur zu dem Schluss führen, dass die Deutschfeindlichkeit noch im Zunehmen begriffen ist und immer breitere Kreise ergreift. Die mangelnde Unterstützung der Bevölkerung bei der grossen Fahndungsaktion nach dem Mörder Smudek ist ebenfalls ein Zeichen dafür.

Im Zusammenhang mit der Aufdeckung der sogenannten Militärorganisation sollte durch die Geheime Staatspolizei am 20. März 1940 bei dem tschechischen Studenten Johann Smudek (geb. 1915) in Taus eine Hausdurchsuchung und seine Verhaftung vorgenommen werden. Smudek gelang es, seine Pistole zu ziehen und auf den Kriminalassessor Neubauer zu schiessen. Der Beamte erhielt einen Einschuss an der rechten Schädelseite, das Geschoss blieb zwischen Schädeldecke und harter Gehirnhaut stecken und konnte inzwischen entfernt werden. Zur Zeit besteht eine linksseitige Lähmung. Dem Täter gelang es, zu entfliehen. Als Gegenmassnahme wurden in Taus 145 führende Persönlichkeiten als Geiseln festgenommen, die Schliessung sämtlicher Gast- und Vergnügungsstätten ab 19,30 Uhr angeordnet und ein deutscher Regierungskommissar eingesetzt. Auf seiner Flucht erschoss Smudek am 23. März 1940 im Sudetengau unweit der Protektoratsgrenze in der Nähe von Pirk ohne bisher ersichtlich gewordenen Grund zwei deutsche Grenzhilfsbeamte, die mit umgehängten Gewehr und beiden Händen in den Manteltaschen daherkamen. Während die Ermittlungen im Gange waren, ergab sich der Verdacht, dass Smudek auch an dem im Juni 1939 verübten Mord an dem deutschen Polizeibeamten Kniest in Kladno beteiligt war. Ein früherer Mitschüler Smudeks, namens Peter hat inzwischen diesen Verdacht bestätigt und gestanden,

dass

64123

dass er zusammen mit Smudek den Polizeibeamten Kniest ermordet habe.

Sowohl von deutscher wie von tschechischer Seite wurden sofort Fahndungsmassnahmen grössten Ausmasses veranlasst. Die Protektoratsregierung erliess schon am 23. März, der Landespräsident mit einem Lichtbild am 27. März 1940 einen Aufruf, in dem die Bevölkerung zur Hilfeleistung bei der Fahndung aufgefordert wurde. Auf die Ergreifung des Täters wurde von der Stadtgemeinde Taus eine Belohnung von 2000.--, von der Protektoratsregierung von 10.000.-- Reichsmark ausgesetzt. Dennoch gelang es bisher nicht, Smudek zu ergreifen, da er offenbar immer wieder die Unterstützung der Bevölkerung findet. So wechselte er z.B. mehrfach die Kleidung. Am 25. März gegen 4 Uhr morgens suchte er in Tschernikau (zwischen Taus und Klattau) seinen ehemaligen Mitschüler Karl Kuba, technischen Beamten in Pilsen, mit der Bitte um Hilfe auf. Kuba geleitete ihn jedoch nur aus dem Dorf hinaus, zeigte die Begegnung aber weder an, noch sprach er darüber, als er am Tag darauf in anderem Zusammenhang wegen Smudek vernommen wurde. Kuba wurde deshalb vom Sondergericht beim Deutschen Landgericht in Prag am 30. März 1940 zur Zuchthausstrafe von 10 Jahren verurteilt. In den Abendstunden des 29. März 1940 wollte Smudek in dem Prager Vorort Spořilov bei seinem Freund Ladislaus Vojtěch Zuflucht nehmen. In der Voraussicht eines solchen Besuches war ein Beamter der tschechischen Geheimpolizei in der Wohnung untergebracht worden. Als Smudek erschien, machte ihn Vojtěch sofort auf diesen Umstand aufmerksam, sodass Smudek wiederum entkommen konnte. Vojtěch wurde deshalb wegen Zuwiderhandlung gegen die Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren vom 26. August 1939 wegen Sabotagehandlungen zum Tode verurteilt. Das Urteil ist inzwischen vollstreckt worden.

Die offenbar gewordene Unterstützung Smudeks durch die tschechische Bevölkerung und ihre seine Tat zu einer heilsamen Freiheitstat umdeutende Sympathieeinstellung kann geradz u als eine "latente Störung des öffentlichen Lebens" bezeichnet werden. Sie ist für die gesamte Haltung und Einstellung der tschechischen Bevölkerung charakteristisch.

Die Leitung des Kampfes gegen das Deutsche Reich  
und

5a

und das Deutschtum im Protektorat liegt weiterhin im Ausland in den Kreisen um Benesch und Jan Masaryk. Das entscheidende Verbindungsmittel bleibt der Rundfunk. Die in der Bevölkerung auftauchenden Gerüchte sowie das Verhalten der Tschechen kann meist auf die Rundfunksendungen der vorhergehenden Tage zurückgeführt werden.

So deckt sich z.B. das Verhalten der Tschechen vollkommen mit den im Rundfunk wiederholt ergangenen Weisungen, die Ruhe zu bewahren und keine Aktionen zu unternehmen, die Anlass zu einschreitenden Massnahmen von deutscher Seite bieten könnten. Neues und Besonderes bot der ausländische Rundfunk in der tschechischen Frage indessen nicht. Der Geburtstag Masaryks ist in Paris und London gefeiert worden. Am selben Tage ist die in Frankreich errichtete tschechoslowakische Armee in Gegenwart der tschechischen und französischen Militärbehörden und vor Vertretern des tschechoslowakischen Nationalausschusses feierlich vereidigt worden. Doch scheint die Bereitwilligkeit zum Eintritt in die Armee nicht allzu gross zu sein. Denn nach schwedischen und slowakisch-amerikanischen Meldungen sind Tschechen und Slowaken zum Militär gepresst worden. Man hat sich sogar im englischen Rundfunk veranlasst gesehen, wiederholt zur Anmeldung bei den tschechoslowakischen Vertretungsstellen aufzufordern und den Verlust jeglichen diplomatischen Schutzes anzudrohen. Aber das Vertrauen in den Sieg der Westmächte ist nirgends erschüttert. So haben sich erst neuerdings alle national-bewussten Tschechen in Jugoslawien um einen tschechischen Universitätsprofessor in Agram gesammelt, der sich offensichtlich zur Ausgestaltung seiner Sammelaktion einige Zeit in Paris mit dem tschechoslowakischen Ausschuss beraten hat.

Hand in Hand mit dem feindlichen Rundfunk hat selbstverständlich die feindliche Flugblätteraktion gearbeitet. Im März sind mehrfach über dem Protektoratsgebiet Flugblätter abgeworfen worden. Der tschechisch geschriebene "Flugberichterstattung Nr. 1", der wahrscheinlich in der Nacht vom 9. zum 10. März in grosser Menge unmittelbar südlich von Prag, weiters in den Oberlandratsbezirken Kladno und Pardubitz abgeworfen wurde, schreibt z.B. "Die Verbündeten raten Euch: Wir senden Euch dieses Flugblatt nicht, um Euch zur Revolte aufzufordern."



64122

aufzufordern. Im Gegenteil, bewahrt Ruhe und Disziplin. Seid geduldig. Schonet Eure Kräfte für spätere Zeit. Der Tag der Freiheit naht! Der Beweis dafür ist dieses Flugblatt, das Euch britische Flieger bringen, welche eine Entfernung von mehr als 1000 km im Flug über feindlichen Gebiet überwinden. Der Sieg der Verbündeten bedeutet die Freiheit der Tschechoslowakei. Es wird wieder ein feies Europa, es wird wieder eine freie Tschechoslowakei geben!" In der Nacht vom 16. auf den 17. März wurde über Teplén des Klattauer und Taborer Oberlandratsbezirkes die "Botschaft Groß-Britanniens an das tschechische Volk" abgeworfen. Obwohl mehrere tausend Stück gefunden wurden, sind doch nicht alle Flugblätter erfasst worden, da z.B. im Bezirk Schüttenhofen bei Nacht solche Flugblätter vereinzelt an Anschlagetafeln angeklebt wurden. Unmittelbar bei Tabor sind auch Leuchtbomben abgeworfen worden.

Die Flucht von Protektoratsangehörigen über die Grenze mit dem Ziele des Eintritts in die tschechischen Legionen hat weiterhin angehalten. Durch den Grenz- und Abwehrdienst ist es gelungen 56 Flüchtlinge, zumeist Studenten und junge angelernte Arbeiter zwischen 19 und 25 Jahren festzunehmen. Die Leute, die zum Teil durch eine Organisation, zum Teil durch Private unterstützt worden waren, wollten über die Slowakei nach Ungarn auf das französische Konsulat gelangen, um von dort weitergeschafft zu werden. Erst in den letzten Tagen ist wiederum von einem Minister bekanntgeworden, dass er mit einem Sekretär der Nationalen Gemeinschaft wegen illegalen Grenzübertritts in die Slowakei verhandelt habe.

Die Aufrollung der sogenannten Militärorganisation ist im März fortgesetzt worden. Unter den Verhafteten befinden sich wiederum vornehmlich Offiziere der ehemaligen Armee, darunter auch solche, die bei zivilen Behörden untergebracht waren, ferner Akademiker, Lehrer und aktive Beamte.

Die tschechische Flugblattpropaganda hat vor dem 7.3.1940 insbesondere zum 15.3. stark zugenommen. Wiederum sind neue Nummern der illegalen Flugschrift "V Boj" aufgetaucht, die Weisungen für die beiden Gedenktage enthalten.

Die Nationale Gemeinschaft zeigt weiterhin ihr doppeltes Gesicht. Die Gedenktage im März boten Gelegen-  
heit

6a

heit, äusserlich die offizielle loyale Haltung zur Schau zu stellen. Am 7. März geschah dies in der Presse, die sich den ergangenen Weisungen entsprechend vorwiegend mit der Bedeutung Masaryks als Philosoph und Soziologe beschäftigte. Bei seiner Würdigung als Politiker und Staatsmann legten sich die Zeitungen zwar weitgehende Beschränkung auf, wiesen aber auf den Realitätssinn Masaryks, seine Beschäftigung mit der deutschen Frage und darauf hin, dass infolge des seit seinem Wirken vergangenen Zeitraums seine politischen Ansichten und Grundsätze nicht ohne weiteres in die heutige Zeit übertragen werden dürften. Zum 15. März wiederum bemühten sich die Blätter, die Bevölkerung von der Richtigkeit und Unabänderlichkeit der im Vorjahr vom Staatspräsidenten Hácha getroffenen Entscheidung zu überzeugen und die Notwendigkeit einer sachlichen und engen Zusammenarbeit mit den Deutschen zu betonen. Das Gleiche geschah in einer Kundgebung der N.G. sowie in der ausserordentlichen Plenarsitzung des Ausschusses der N.G. am 15. März, in der in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Eliáš und des Ministers Krejčí, deutscher und tschechischer Journalisten der Vorsitzende des Ausschusses Hebeský des Jahrestages der Protektoratserrichtung gedachte. Auch zum 1. Jahrestag der N.G. (24 März) betont der Vorsitzende des Ausschusses und Dr. Mrazík in je einem in allen tschechischen Tageszeitungen erschienenem Artikel die loyale Grundhaltung der N.G. Immer aber war das Fehlen jeder positiven Äusserung reichlich auffällig.

Das Programm der Nationalen Gemeinschaft ist nunmehr fertiggestellt und vom Staatspräsidenten genehmigt worden. Es zerfällt in einen national-politischen, einen sozialwirtschaftlichen und einen kulturellen Teil. Die N.G. soll darnach die nationale und soziale Bewegung des tschechischen Volkes sein. Zur deutsch-tschechischen Zusammenarbeit wird die Hoffnung ausgesprochen, dass das deutsche Volk, welches die Eigenständigkeit anderen Volkstums anzuerkennen betont habe, auch die Lebensnotwendigkeit des tschechischen Volkes begreifen und Mittel zur dauernden Zusammenarbeit finden werden. Der Gedanke der Volksgemeinschaft, in die auch die Tschechen ausserhalb der Protektoratsgrenzen einbezogen werden, erfordere - so wird es im Programm zum Ausdruck gebracht - die Aussonderung volksfremder Elemente, vornehmlich der Juden. Besonderes Gewicht wird auf die Erhaltung des Bodenbesitzstandes

121

standes gelegt. Der wirtschaftliche Teil entwickelt Gedanken der ständischen Verfassung, der kulturelle ist stark auf das Christentum abgestellt.

Die Haupttätigkeit der N.G. war in Monat März auf die Werbung der Frauen gerichtet. Dabei ist die nationalpolitische Aktivität der tschechischen Frau geschickt dazu ausgenützt worden, die N.G. zu stärken; denn nur die Frau soll Mitglied werden können, deren Mann bereits Mitglied der N.G. ist. Über das weitgehend vorhandene Bestreben der Frauen zu Mitarbeit, soll also die Zahl der männlichen Mitglieder erhöht werden. Es muss anerkannt werden, dass die Erfolge bei der Werbung der Frauen sehr gut sind.

Der politische Kampf spielt sich ferner nach wie vor auf kulturellem Gebiete ab. Selbst die tschechischen Behörden haben darauf hingewiesen, dass in den früheren Jahren nach dem Fasching und nach Ostern noch nie so viele Vortragsveranstaltungen, Theateraufführungen usw. stattgefunden haben, wie jetzt. Sinn ist, dass in geschickter Tarnung das nationale Empfinden und die Unzufriedenheit mit der bestehenden Staatsordnung wachgerufen und aufgeputscht werden sollen.

Die innere Haltung der N.G. findet immer wieder in bemerkenswerten Erscheinungen ihren Ausdruck. So wurde in einer Mitte Februar ohne Beteiligung der Polizei abgehalten und erst jetzt bekannt gewordenen Besprechung ausgeführt, dass die Sekretäre der N.G. künftig mündliche Weisungen von den Kreissekretären erhalten werden, die gleichfalls ihre Weisungen mündlich erhalten, und dass diese Weisungen von den offiziellen schriftlichen Erklärungen gegebenenfalls abweichen werden. Ausserdem wurde die restlose Vernichtung der sogenannten Nationalkartei angeordnet, ganz offensichtlich nur, um sie den deutschen Behörden nicht als Fahndungsmittel dienen zu lassen. Nicht darf übersehen werden, dass gerade die N.G. durch aufklärende Tätigkeit das Gerüchtwesen erheblich eindämmen könnte. Das Gegenteil ist der Fall. Gleiches gilt für das Gebiet des Filmes. Selbst beste deutsche Spitzenfilme, die nicht nur in Prag, sondern von Zeit zu Zeit auch in der Provinz zur Aufführung gelangen, werden von der tschechischen Bevölkerung streng gemieden. Auch hier könnte wahrhaft loyale Zusammenarbeit ohne Schwierigkeiten erwiesen werden. Die Programme der Veranstaltungen der Jugend der N.G. bedürfen stets genauerster Durchsicht und weitgehender Streichungen. Die

Choden

7a  
Choden, deren Vergangenheit als Sinnbild erfolgreichen harten Grenzkampfes der Tschechen verherrlicht wird, werden immer wieder in Veranstaltungen der N.G. gefeiert und ähnl. mehr.

Das National-Soziale Lager (Vlajka) hat wie derum eine lebhaftere Versammlungstätigkeit mit guten Erfolgen entwickelt. Eine Versammlung im Prager Lucerna-Saal war von etwa 5000 Teilnehmern besucht. Die ehemaligen Führer der Swatopluk-Garden, die im Zuge persönlicher Zerwürfnisse mit dem Vlajkaführer von diesem ihres Postens enthoben worden waren, wollten mit ihren Anhängern die Versammlung sprengen, wurden jedoch durch den Ordnungsdienst am Betreten des Saales verhindert, sodass die Versammlung störungsfrei verlief. Gut besucht waren auch die Versammlungen in Pisek, Tabor und Pardubitz, sehr schwach jedoch die in den Bezirken Strakonitz und Schüttenhofen.

Das den beiden Vlajka-Führern Rys und Graf Thun-Hohenstein eröffnete Verbot des Uniformtragens wurde zunächst als schwerer Schlag gegen die Bewegung empfunden. Nachträglich fand man sich aber damit in dem Gedanken ab, dass dadurch den abgefallenen Mitgliedern der Swatopluk-Garden die Agitation erschwert und die Gefahr der Bildung ähnlicher Schutzgarden durch die Nationale Gemeinschaft beseitigt worden ist.

Die betont positive Einstellung der Führung der Vlajka-Bewegung gegenüber den heutigen staatsrechtlichen Verhältnissen fand in Artikeln zum Gedenktag der Errichtung des Protektorats und in allen Reden ihren Ausdruck. Die Zeitschrift "Vlajka" erschien auch am 10. März ganz als Anti-Masaryk-Nummer, in der in 18 langen Aufsätzen Masaryk auf allen Gebieten, besonders als Judenfreund bekämpft worden ist. Unter Hinweis auf diese Einstellung und die daran geknüpfte Erwartung, bald gegenüber der N.G. die Macht zu erlangen, andererseits manchmal aber auch unter unzutreffender Berufung auf die Unterstützung deutscher Dienststellen versucht man Mitglieder zu werben. Die nach der N.G. ausgerichteten Protektoratsbehörden versuchen mit allen Mitteln dagegen vorzugehen, und bringen zuweilen auch ihrerseits die Behauptung vor, im Auftrag des Oberlandrats zu handeln.

Die Opposition innerhalb des National-Sozialen Lagers

ist



64120

ist weiterhin fühlbar. Der Führer der Swatopluk-Garden in Mährisch Ostrau namens Niemozyk ist offiziell aus dem National-Sozialen Lager ausgetreten. Die N.G. bemüht sich, die Opposition, insb. die ehemaligen Führer der Swatopluk-Garden Pořízka und Dr. Smeták, für ihre Zwecke gegen die Vlajka zu verwenden.

Die übrigen rechtsgerichteten Splittergruppen führen nach wie vor ihr selbständiges Dasein und werden bald von der einen, bald von der anderen Seite umworben.

Die Landesführung der Janík-Faschisten in Brünn hat sich von Janík losgesagt und unter dem Namen "Mährische Nationalsozialisten" eine eigene Gruppe gebildet.

Das "Nationalsozialistische Lager" in Brünn hielt am 24. März eine Sitzung des 1. Grossen Faschistenrates ab, die einen äusserst auffällig geringen Besuch aufwies. Dem ehemaligen "Reichsführer" des Lagers Vála, der Mario in der Sitzung angreifen wollte, wurde der Zutritt verwehrt. Durch Erwähnung und teilweise auch durch Telegrammgrüsse wurde des Führers, des Duce, des Reichsprotectors, des Staatssekretärs, des Ministerpräsidenten Eliáš und des Vorsitzenden des Ausschusses der N.G. Nebeský gedacht.

Die "Arische Arbeitsfont" des Ing. Opletal ist wiederum in Versammlungen besonders rührig gewesen. Sie hat zum Gedenktag der Errichtung des Protektorats bei der Behörde des Reichsprotectors zusammen mit einer Erinnerungsplakette eine Ergebenheitsadresse an den Führer, weiters Glückwünsche an den Reichsprotector, den Staatssekretär und andere Behördenmitglieder überreicht, sowie eine besondere Feierstunde durchgeführt.

In Königgrätz hielt ein "National-arisches Komitée" eine Sitzung ab, in der der Zusammenschluss aller Rechtsgruppen beschlossen wurde. Die Führer der ehemaligen Rechtsparteien sollen dazu eine positive Einstellung bekundet haben. In der Tagung wurde die Politik des Staatspräsidenten kritisiert und ihm Bindung an freimaurerische Kreise vorgeworfen.

Auch die "Tschechische Nationalsozialistische Arbeiter- und Bauernpartei" des ehemaligen Oberstleutnants Mlčoch hielt einige Versammlungen ab, zwar mit mässigem Besuch, aber mit grossem Beifall. Anstände haben sich nicht ergeben.

Die Kommunisten haben sich durch eine erhöhte Propagandatätigkeit

8a  
pagandatätigkeit allenthalben im Protektorat fühlbar gemacht. Dabei tauchen neben Klebezetteln auf Zäunen, Leitungsmasten usw. neuerdings auch auf die Mauern gemalte kommunistische Schlagworte auf. Besonderen Umfang nahm die Flugzettelpropaganda um den 15.3. an. Ausser mit Protesten gegen die staatsrechtliche Lage befassen sich die Flugblätter auch mit sozialen Problemen, so im Oberlandratsbezirk Königgrätz mit den Preissteigerungen und den angeblich unzulänglichen Lohnerhöhungen, sowie mit der Schliessung der ostböhmischen Textilbetriebe und ähnl.

## II. Deutsche Bevölkerung

Die positive Haltung der eingesessenen Deutschen zeigt sich besonders in den für ihre wirtschaftlichen Verhältnisse aner kennenswert sehr hohen Ergebnissen der öffentlichen Sammlungen. Auch die Stimmung der Streudeutschen ist meist infolge der sorgsam durch die Gendarmeriebeamten aufrecht erhaltenen ständigen Verbindung mit den deutschen Behörden gut. Der finnisch-russische Friedensschluss wurde überall als Gewinn für die deutsche Sache empfunden, das Vertrauen in den Sieg ist unerschütterlich.

Die zahlreichen Feiern zum Gedenken der Errichtung des Protektorats haben durchwegs einen harmonischen und erhebenden Verlauf genommen. Insbesondere die Feiern in Iglau hat durch die Teilnahme zahlreicher führender Persönlichkeiten, des Reichsministers Dr. Seyß-Inquart, des Staatssekretärs Frank, des Gauleiters Dr. Jury, des Regierungspräsidenten Krebs und anderer, noch lange nachgewirkt.

Auf volkspolitischem Gebiet machte die Erfassung der Deutschen und die Durchsetzung der Gemeindevertretungen mit Deutschen weitere Fortschritte. Da die deutschen Gemeindevertreter in der Selbstverwaltung zumeist vor ihnen völlig neuen Aufgaben stehen, haben die Oberlandräte regelmässige Besprechungen mit ihnen eingerichtet, die sich fruchtbar auswirken. Es konnten auch wiederum allerdings nur nach Überwindung erheblicher Schwierigkeiten, namentlich auf personellem Gebiete, mehrere neue deutsche Schulen eröffnet werden.

## III. Deutsche Behörden

Der Wegfall der Protektoratszulage bzw. die Beschränkung



64119

schränkung des Bezugs auf die einfache Höhe haben bei den deutschen Behördenbediensteten eine gewisse Enttäuschung ausgelöst. Es besteht nun häufig, insb. in den weniger stark deutsch durchsetzten Dienstorten der Okzidentlandsräte keine Möglichkeit mehr, an dem deutschen Kulturleben teilzunehmen, da Eisenbahnfahrten ins benachbarte Gebiet aus Geldrücksichten nicht mehr möglich sind. Infolge des zweifellos unangenehmeren Lebens in vorwiegend tschechischer Umgebung wird der Dienst im Protektorat nun nicht mehr als eine Sonderaufgabe, sondern als eine Benachteiligung gegenüber den im Altreich tätigen Beamten empfunden. Zahlreiche umgezogene Beamte sind bezüglich der Wohnungsmiete Verpflichtungen eingegangen, die jetzt nur unter Schwierigkeiten noch erfüllbar sind. Bei den Angestellten ist es bereits vielfach zu Kündigungen gekommen. Vor allem die jüngeren Kräfte, die vielfach aus dem Sudetengau und der Ostmark stammen und dort, bei ihren Eltern wohnend, ihr Auskommen hatten, sind in die Gefahr versetzt, in der Fremde ihre Lebensbedürfnisse ohne die Protektoratszulage nicht mehr decken zu können.

#### B. Wirtschaftliches

Die wirtschaftliche Entwicklung hatte keine neuen besonderen politischen Auswirkungen. Von Bedeutung ist es, dass bei der Verwaltung jüdischer Betriebe durch Treuhänder möglichst beschleunigt die sozialen und hygienischen Verhältnisse in den Betrieben den im Reiche geläufigen Verhältnissen angeglichen werden, damit den tschechischen Arbeitern ein anschauliches Bild der sozialen Stellung des deutschen Arbeiters geboten wird. Eine Reihe von Treuhändern hat derartige Massnahmen getroffen und damit einen nachhaltigen Eindruck bei der Arbeiterschaft herbeigeführt.

Es wird ständig versucht, die Bereitwilligkeit zum freiwilligen Arbeitseinsatz im Altreich möglichst zu untergraben. Namentlich die Nationale Gemeinschaft, die Gemeindebehörden u.a. legen es darauf an, den Angehörigen von im Altreich arbeitenden Tschechen, Heimkehrern und Urlaubern durch schlechte Behandlung zu verstehen zu geben, dass sie die Arbeitsaufnahme im Altreich als unnationale Tat bewerten. Verschiedentlich sind Gerüchte verbreitet worden, dass im Altreich

Hungersnot

9a

Hungersnot herrsche, dass man dort zur Wehrmacht eingezogen werde, und anderes mehr. Sie werden auch zur Zeit geglaubt, haben aber vorläufig noch keinen grossen Schaden angerichtet.

In den Ostertagen wurde überall eine Kontrolle der Kraftwagen auf unberechtigte Benutzung mit zum Teil überraschenden Ergebnissen durchgeführt. So wurden die Personenkraftwagen zweier Minister mehrfach bei Vergnügungsfahrten gestellt.

Im Auftrage :

gez. Dr. Fuchs

Beauftragt:

*W. Fuchs*  
Regierungssekretär



64118

10

**Sicherheitsdienst RFF**  
**SD-Leitabschnitt Prag**

E 2

Prag-Bubentfch 3. Juni 1940  
Sachfenweg  
Fernsprecher 77444

An den  
persönlichen Referenten  
des Staatssekretärs beim  
Reichsprotector in Böhmen und Mähren  
H-Sturmbannführer G i e s,  
P r a g.

Büro des Staatssekretärs  
beim Reichsprotector  
in Böhmen und Mähren.  
Eing.: 5. JUNI 1940  
Tgb. Nr.: 3202

*Handwritten:*  
i. d. d.  
1.8/6.40.

Betr.: Verwaltungsbericht für März 1940.  
Vorg.: Dort. Schr. v. 1. Mai 1940

Anliegend wird der Verwaltungsbericht für März 1940  
nach Kenntnissnahme und Auswertung zurückgereicht.

1 Anlage.

*Handwritten signature:*  
i. V. G. Gorkard

H-Sturmbannführer

V A

Der Reichsprotector  
in Böhmen und Mähren

Prag, den 29. Mai 1940

11

I l a - 480 g

**Geheim**

- An a) die Abteilung I und II  
b) sämtliche Gruppen der Behörde (einschl. Mähren)  
c) die Herren Oberlandräte  
d) den Herrn Befehlshaber der Sicherheitspolizei beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren in Prag (fünffach)  
e) den Führer des SD-Leitabschnittes Prag  
f) den Herrn Wehrmachtsbevollmächtigten beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren in Prag (vierfach)  
g) den Herrn Reichsminister des Innern, Zentrilstelle für Böhmen und Mähren, Berlin, z.Hd.v. Geheimrat Hering o.V.i.L.

Betrifft: Verwaltungsbericht für den Monat April 1940.

In der Anlage übersende ich Abdruck des Verwaltungsberichtes für April 1940, den ich aus dem gesamten im April angefallenen Material zusammengefaßt habe, zur gefl. Kenntnisnahme.



In Auftrage:  
gez. Dr. Volckart  
Beglaubigt:

*[Handwritten signature]*

Reg. Sekretär.

*[Large red handwritten flourish]*  
*[Handwritten initials]*  
*[Handwritten text]*  
i. d. d.  
/ 29. 5. 40.

V A

Prag, den 29. Mai 1940. 12

Nr. I l a - 480 g

Geheim

Vermerk.

Betrifft: Verwaltungsbericht für April 1940.

A. Politische Lage.

I. Tschechische Bevölkerung.

Die in den Berichten der Vormonate wiedergegebene, unveränderte Grundstimmung und Grundhaltung der Tschechen hat auch im Monat April wiederholt ihren charakteristischen Ausdruck gefunden. Der blitzartige Einsatz der deutschen Wehrmacht in Dänemark und Norwegen hat zwar, ebenso wie im September 1939 der Blitzkrieg in Polen, seinen Eindruck auf die tschechische Bevölkerung nicht verfehlt. Die Zeitungen und Extra-Blätter fanden reißenden Absatz; z.B. hatte in Brünn die Sonderausgabe der "Moravské noviny" eine Auflage von 60.000 Stück. Die Nachrichten des ausländischen Rundfunks und die Flüsterpropaganda haben jedoch die Stimmung der Tschechen wie bei früheren ähnlichen Gelegenheiten schnell wieder gehoben. Nach wie vor werden auch die unwahrscheinlichsten ausländischen Erfolgsmeldungen kritiklos geglaubt und die Hoffnungen auf den Endsieg der Westmächte aus der Ausweitung der Front, einem Eintritt der USA in den Krieg, einer angeblichen Verstimmung mit Rußland usw. abgeleitet. Ohne Sinn für die nüchterne Sprache und den durch die Folgeereignisse immer wieder als wahr bewiesenen Inhalt der deutschen Wehrmachtberichte wird als "Witz" verbreitet: Früher fingen die Märchen an: "Es war einmal..." heute mit "Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt". Es kann aber nicht bezweifelt werden, daß jede neue Enttäuschung die Niedergeschlagenheit von Mal zu Mal verstärkt. Auch für das tschechische Volk stellt so der Krieg, obgleich es ihn nur mittelbar spürt, eine Nervenprobe dar, da weite Kreise den Eindruck haben, daß es den Deutschen nicht auf einen Ausgleich mit dem Ziel eines friedlichen Zusammenlebens, sondern auf eine mehr oder weniger brutale Beherrschung des tschechischen Volkes ankomme.

Weitere Prüfsteine für die politische Haltung waren die Mitfahrdung nach dem Mörder Smudek, die Beflaggung zum Geburtstag des

Führers und die Metallspende. 73

Die Stimmung der tschechischen Bevölkerung ist dem Mörder Smudek fast durchwegs günstig. Eine Unterstützung der Fahndung ist selten; im Gegenteil: man versuchte offenbar stellenweise durch Falschmeldungen irrezuführen. Es sind auch gewisse Hinweise dafür vorhanden, daß in der Regierungspolizei Anweisungen gegeben worden sind, Smudek beim Ergreifen entweder sofort zu erschießen oder ihm, wenn kein Zeuge in der Nähe ist, weiterzuhelfen. Häufig sind in den angeschlagenen Steckbriefen die Bilder Smudeks herausgeschnitten, manchmal sogar durch Führerbilder ersetzt worden. Dies geschah z.B. in Budweis und Umgebung, in Olmütz sowie in der Pilsner Eisenbahndirektion in 3 Zeitungen (3 verantwortliche Beamte wurden deshalb festgenommen). In Pisek traten noch schwerste Beschimpfungen des Führers durch Beschmierung von Plakattafeln hinzu. Als Repressalie wurden daher sämtliche Versammlungen und Veranstaltungen, gleichgültig welcher Art, bis zum 15.5. in Pisek untersagt und die Polizeistunde auf 23 Uhr vorverlegt. Außerdem wurde der Stadt eine Strafe von 500 RM für den Fall, daß der oder die Täter nicht binnen einer Woche namhaft und dingfest gemacht werden könnten, auferlegt. Als Täter ist von der Stadtverwaltung ein Kohlenhändler benannt worden, dessen Schwester mit einem jüdischen Rechtsanwalt verheiratet ist. Die Nachprüfung dieser Benennung ist noch nicht abgeschlossen.

Zum Geburtstag des Führers war seitens der Protektoratsregierung an die gesamte Bevölkerung im Protektorat die Aufforderung ergangen, zu beflaggen. Trotzdem waren außer an öffentlichen Gebäuden nur vereinzelt Protektoratsflaggen zu sehen. Nicht einmal alle Bezirkshauptleute und Bürgermeister, die den Aufruf an die Bevölkerung erlassen hatten, sind ihm selbst nachgekommen. Im übrigen nahm die tschechische Bevölkerung den Tag gleichgültig hin, zu irgendwelchen Störungen der Ruhe und zu Demonstrationen, wie im Jahre 1939 (Blumenniederlegen vor Masarykdenkmälern u.ä.) ist es am Tage selbst nirgends gekommen. Einige Hakenkreuzfahnen wurden in der Nacht nach dem 20. in Olmütz und Nedweis heruntergerissen.

Die Metallsammlung zum Geburtstag des Führers hat erhebliche politische Bedeutung gewonnen. Die Flüsterpropaganda wertete sie begreiflicherweise als offenes Eingeständnis eines deutschen

Rohstoffmangels aus. Durch den Aufruf des Tschechischen National-Sozialen Lagers (Vlajka-Bewegung) sah sich die Nationale Gemeinschaft und die Protektoratsregierung gezwungen, ebenfalls eine positive Stellung zur Sammlung einzunehmen. Diese Stellungnahme wurde jedoch von der tschechischen Bevölkerung nur als ein guter Schachzug gegen die Rechtsopposition, keineswegs aber als ernste Aufforderung angesehen, so daß die Sammlung von dem Überwiegenden Teil der tschechischen Bevölkerung sabotiert wurde. Das Ergebnis der Metallsammlung in den Kreisen der tschechischen Bevölkerung war daher im Vergleich zu den Spenden der Deutschen insgesamt verschwindend klein. Im einzelnen hatten nur die Sammlungen der Vlajka hervorstechende Ergebnisse, sowie diejenigen Ortsgruppen der N.G., die wohl aus Furcht vor Weiterungen mit erheblichem Druck gearbeitet hatten (z.B. in Prag, Pilsen und Taus). In Pardubitz hat der Stadtrat einstimmig beschlossen, das bronzene Masarykdenkmal abzutragen und als Metallspende abzuliefern. Die Bevölkerung der Stadt machte für diese von ihr nicht gebilligte Maßnahme unzutreffenderweise den Bürgermeister verantwortlich. Bezeichnenderweise haben manche tschechischen Spender sich geweigert, die Gegenstände bei den Sammelstellen der N.G. abzuliefern, z.T. sind diese vielerorts erst nach Eintritt der Dunkelheit bei den deutschen Sammelstellen erschienen. Ein Tscheche hat in Prag zu seinem gespendeten Metall noch einen Hundertkronenschein gegeben mit dem Bemerkten, daß die Verarbeitung des Metalls Arbeitskräfte erfordern werde, die bezahlt werden müßten.

Auch sonst haben sich vereinzelt positive Stimmen bemerkbar gemacht. So äußerten einige jugendliche Tschechen in Schreiben an den Reichsprotektor ihre Unzufriedenheit darüber, daß die Tschechen keinen Wehrdienst leisten dürften mit dem Hinzufügen, man solle sie wenigstens zum Arbeitsdienst einberufen, damit die Deutschen nicht sagen könnten, sie müßten kämpfen und sterben, während die Tschechen reich werden. In der schaffenden Schicht besteht eine erhebliche Mißgunst gegenüber der Regierungstruppe, die lediglich zu Paradezwecken da wäre und deren Aufgaben und produktive Arbeit gleich null wären. Einen starken Eindruck auf die tschechische Bevölkerung machte die Teilnahme von Vertretern



Demonstration aufzurütteln. In ähnlicher Weise entstand in Jung-Bunzlau eine Beteiligung von etwa 5000 Personen an dem Begräbnis eines verhaftet gewesenen Kommunistenführers, der Selbstmord begangen hatte.

Im April erfolgte wiederum eine Reihe von Verurteilungen von Protektoratsangehörigen aus allen Schichten der Bevölkerung wegen Vorbereitung zum Hochverrat durch den Volksgerichtshof in Berlin und wegen anderer politischer Delikte durch deutsche Gerichte im Protektorat. Eine Gruppe verschiedener Handwerker (Maurerpoliere, Maurer, Fleischermeister, Schriftsetzer und Gastwirte), fast durchwegs beim Sokol und der N.G. organisiert, hatte z.B. im Juli/August 1939 auf einem dem Sokol gehörigen Vervielfältigungsapparat deutschfeindliche Flugblätter hergestellt und verbreitet. Weiter Beispiele: Ein ehemaliger Stabskapitän, der ursprünglich Gemeindegemeinsekretär werden sollte, dann aber Deutschlehrer an der tschechischen Handelsschule in Brünn war, hatte in Privatbriefen seiner Überzeugung in Richtung einer baldigen Wiederkehr der früheren Verhältnisse in untragbarer Weise Ausdruck gegeben und an frühere Offizierskameraden Flugblätter entsprechenden Inhalts versandt. Ein Hilfspostangestellter hat zum gleichen Zwecke Anschriften von ausländischen Markensammlern benutzt, mit denen er im Markenaustausch stand. Drei Gendarmeriebeamte und ein Finanzbeamter hörten im Bezirk Iglau bei einem Landwirt gemeinsam absichtlich Nachricht des ausländischen Rundfunks usw. ab.

Der ausländische Rundfunk in tschechischer Sprache stand hauptsächlich im Zeichen der Kriegsereignisse in Norwegen. Die meisten seiner englischen "Erfolgs"-Meldungen fanden in der Bevölkerung Eingang und williges Gehör. Bezüglich der Meldungen aus den Kreisen der tschechischen Emigration war bemerkenswert, daß zwar immer wieder einmal von der tschechosl. Armee die Rede war, daß aber niemals tschechische Vertreter an den Beratungen des Obersten Kriegsrates der Alliierten teilnahmen, während Polen und Norweger zugezogen wurden. Der tschechische Nationalrat in den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat in einer Vollversammlung einstimmig eine Resolution genehmigt, wonach dem

Tschecho-slowakischen National-Ausschuß in London und Paris das volle Vertrauen ausgesprochen und ihm jede Unterstützung zugesagt wird. Die amerikanischen Slowaken scheinen sich allerdings fernzuhalten. Der ehemalige tschechsl. Gesandte in Paris erklärte im tschechosl. Nationalausschuß, daß die Habsburger Dynastie als tot der Vergangenheit angehören und nicht mehr ins Leben gerufen werden solle. Der Ausschuß hat übrigens ein "Blaubuch" herausgegeben, das sich mit den "Verfolgungen der tschechischen Intellektuellen und der Schließung der tschechischen Hochschulen" beschäftigt. Soweit sich der ausländische tschechische Rundfunk mit den Verhältnissen im Protektorat befaßt hat, sei hervorgehoben: Lebhaftete Hetze gegen die volksverräterische Vlacka-Bewegung, die angeblich von einer namentlich aufgeführten Persönlichkeit der Behörde des Reichsprotectors bezahlt wird, sowie gegen die tschechische Arbeitsfront und den tschechischen Frontkämpferverband; ferner der wiederholte bekannte Appell: "Glaubt nicht der deutschen Lügenpropaganda, die wahren Nachrichten kommen nur aus Paris und London" und "Bleibt ruhig und gelassen".

Dieselbe Tendenz zeigen die beiden französisch-tschechischen Feindflugblätter, die in der Nacht vom 22. auf den 23.4. westlich Pilsens, teils über Protektoratsgebiet, teils über dem Sudetengau, abgeworfen wurden ("Frankreichs Botschaft an das tschechosl. Volk" und ein Aufruf der tschechosl. Armee in Frankreich "Brüder in der unterjochten Heimat"). Der französische Heeresbericht meldete in diesem Zusammenhang die Überfliegung des "Trager Gebietes".

Die Flucht ins Ausland hält weiter an. Allerdings werden verhältnismäßig viele Flüchtlinge abgefangen, seit die Weisung ergangen ist, die illegale Abwanderung von Tschechen aus dem Protektorat mit allen Mitteln zu unterbinden, da sonst durch die Flüchtlinge die Wehrkraft des Feindes gestärkt und sein Nachrichtendienst gefördert werden würde. Die Zollgrenzdienststellen an der mährisch-slowakischen Grenze sind deshalb verstärkt worden. Nach dem Bericht des Oberlandrats in Zlin sind in der Zeit vom 1.1. bis 30.4.1940 550 Protektoratsangehörige festgenommen worden, von denen feststand oder mindestens der dringende Verdacht vorhanden war, daß sie in die Legionen der Feindstaaten eintreten wollten.

In etwa 400 von diesen Fällen sind Hoch- und Landesverratsverfahren anhängig. Die Zahl der Protektoratsangehörigen, die illegal über die Grenze gelangt sind, ohne festgenommen zu werden, beträgt in derselben Zeit schätzungsweise rund 2000.

Es ist gelungen, Teile der Organisation zu erfassen, die bei der Flucht Hilfe geleistet hat. So ist mit anderen Eisenbahnern der Lokomotivführer ergriffen worden, der im Januar den Landwirtschaftsminister Feierabend auf seiner Lokomotive über die Grenze brachte. Bankbeamte wiederum haben den Flüchtlingen slowakische und ungarische Zahlungsmittel ausgehändigt. Ehemalige Offiziere haben die organisatorischen Vorbereitungen in der Hand. Zahlreich sind die Flüchtlinge als Skifahrer über die Grenze gelangt. Auch vom Altreich aus, wohin die Flüchtlinge sich zunächst als Arbeiter vermitteln ließen, sind Grenzübertretversuche über die deutsch-schweizer oder die deutsch-südslawische Grenze unternommen worden. Es handelt sich dabei meist um technische Angestellte und höher qualifizierte ledige Arbeiter zwischen 20 und 30 Jahren.

Die Aufrollung der illegalen Militärorganisation macht weitere Fortschritte. Wieder konnten Kadres führungsmäßig bis zur Kompanie herab aufgedeckt werden. Führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, ein Regierungskommissar, ein Stadtpolizeikommandant und Beamte der Bezirksbehörden mußten als Beteiligte verhaftet werden. Bei einzelnen Festgenommenen wurden Handfeuerwaffen festgestellt und Sendeapparate, darunter modernster Konstruktion, beschlagnahmt. Anderwärts wurden wertvollste Informationen über Beziehungen gewonnen. Die Aktivität in der Ausgestaltung der Organisation geht soweit, daß z.B. es in Paus sogar Sprengstoffspezialisten gab. Beim Volksgerichtshof in Berlin sind inzwischen die ersten Anklagen gegen Mitglieder der Organisation erhoben worden. Bemerkenswert ist wiederum die soziale Stellung der dabei angeklagten Mitglieder eines Kreises (entspricht einer Division); je ein Untersuchungsrichter, Bezirksrichter, Vermessungsbeamter, Fachlehrer, Offizial der Protektoratsbahnen, Kassierer der Protektoratsbahnen, Direktor in der Krankenversicherungsanstalt, Drogist, ehemaliger Leutnant, Setzer, Arbeiter und Privatmann.

Schon am 28.10.1939 wurden an verschiedenen Stellen im Polizeibezirk Groß-Brünn Knallkapseln auf Eisenbahnkörper gelegt und durch darüberfahrende Züge zur Explosion gebracht. Es handelte sich damals um die im Betrieb der deutschen Reichsbahn als Haltesignal bei Gefahr verwendeten Knallkapseln. Die Täter wurden nicht ermittelt. Am 20. und 21. April 1940 explodierten nunmehr in Napajedl an verschiedenen Stellen, und zwar vor tschechischen Objekten, 5 Sprengkapseln, ohne jedoch praktisch Sachschaden anzurichten. Ferner wurden 3 Sprengkörper, wahrscheinlich gleicher Art, am Spätnachmittag des 3. Mai 1940 in einen Kellerraum des Deutschen Städtischen Theaters in Brünn geworfen. Der entfachte Brand konnte rechtzeitig entdeckt und schnell gelöscht werden. Die Ermittlungen in beiden Vorfällen sind noch im Gange.

Die Flugblattpropaganda hatte keine besonderen Ausmaße. Von der bekannten Flugschrift " V Boj " sind neue Nummern in Prag und Pisek aufgetaucht. Gegen die Mitglieder der aufgegriffenen Verteilerorganisation des " V Boj " im Gebiet von Königgrätz ist die Anklage vor dem Volksgerichtshof erhoben worden. In Proßnitz hat ein aufgeklärter Fall erneut gezeigt, wie die Bevölkerung von verhältnismäßig wenigen Terroristen in Atem gehalten werden kann: Bereits vor dem 15.3.1940 waren Flugblätter verbreitet worden, die mit dazu beigetragen haben, daß die Bevölkerung die Wehrmachtspatrouille boykottierte. In der Nacht vom 18. zum 19. April wurden wiederum mehrere hundert Flugblätter "Dem Führer zum Geburtstag" verbreitet, als deren Herausgeber die "Tschechische Maffia, der tschechoslowakische Ausschuß in Paris" zeichnete. Sie zeugen von tiefstem Haß: "Wir können ihm nichts anderes geben als Haß und Fluch für all das, was er uns getan hat ...., wir können ihm zu seinem Geburtstag nichts anderes bringen als den einfachen Wunsch, daß schon all das Ringen um die Herrschaft in Europa zu Ende wäre, die Alliierten siegen und ihn aufs Haupt schlagen möchten...". Unter dem Druck des deutschen Regierungskommissars hat die Protektoratpolizei wertvolle Fingerzeige geliefert, so daß 2 Angestellte des Bezirkskrankenhauses als Täter überführt werden konnten. Die Flugblätter waren in der Kanzlei des Bezirkskrankenhauses unter Benützung der dortigen Schreibmaschine und des dortigen Vervielfältigungsapparates hergestellt worden.

20

Gegen Ende des Monats ging den Oberlandräten und Parteidienststellen im gesamten Protektorat ein in tschechischer und deutscher Sprache gedrucktes Flugblatt zu, das in seinem deutschen Text bei mangelhafter Orthographie unter der Überschrift "Deutsche, Reichsbürger!" die "Feindschaft gegenüber den Tschechoslowaken und ihre Unterdrückung" zum Gegenstande hatte. Das Flugblatt war in einem freigemachten Umschlag, mit Absenderangabe "NSDAP Prag" mit der Post versandt worden, und zwar in den meisten Fällen von Prag aus.

Um die Hebung des völkischen Bewußtseins der Tschechen bemüht sich neben den anderen Organisationen auch die katholische Aktion. Aus dem Herbst 1939 ist z.B. nachzutragen, daß das Zentralsekretariat der Vereinigung der tschechischen Erneuerung (Omladina) in Brünn damals an die Pfarreien - sogar im Regierungsbezirk Troppau! - Rundschreiben mit Aufforderungen zum Zusammenschluß und zur Abhaltung vaterländischer Gebete versandt hat, die mit der Absingung der tschechischen Nationalhymne beendet werden sollten. Die 4 ausgesuchten Gebete befassen sich mit einer geschichtlichen Betrachtung über einen Zeitraum von fast 1000 Jahren. In dem Begleitschreiben wird darauf verwiesen, daß damit nicht nur den Priestern ihr "religiös-nationales Apostolat" erleichtert, sondern auch den breitesten Schichten des Volkes gezeigt werden soll, "wie durch alle diese Jahrhunderte hindurch das katholische Volk durch seine vaterländischen Gebete sich an Gott um Hilfe und Fürsprache für das teure sooft geprüfte tschechische Volk wandte. Wir alle werden beten, daß der nahe Advent ein Vorbote des großen Advent in unserem geliebten Volke sein möge".

Die Nationale Gemeinschaft hat ihre zwiespältige Haltung nicht geändert. Die offizielle loyale Einstellung ist mehrfach betont worden. An der Jahresfestsitzung vom 10.4.40 im ehemaligen Parlamentsgebäude nahm der Staatspräsident mit allen Ministern teil. Die Festrede hielt der Vorsitzende des Ausschusses Nebeský. Besonderen Beifall ernteten dabei die Stellen seiner Rede, die sich auf die historische Bedeutung und die nationale Grundlage des tschechischen Volkes bezogen, während seine Äußerungen über die Zusammenarbeit mit den Deutsche keine

21

besondere Zustimmung fanden. Schließlich verlas Nebeský das bereits in früheren Lageberichten geschilderte Programm der N. G. Außerprogrammäßig sprach nach Weggang des Staatspräsidenten und der meisten Minister der Vorsitzende der Arbeiterkommission Matěcha. Seine Äußerung, daß die über dem Vaterland hängenden Wolken verschwinden und wieder die Sonne scheinen werde, fand stürmischen Beifall.

Bei einer Kreistagung in Königgrätz betonte Nebeský die nötige Erhaltung des väterlichen Bodens und verwies dabei auf das deutsche Beispiel; ähnliche Ausführungen machte er bezüglich der Behandlung des Geburtenrückganges. Auch hier fehlte jeder Hinweis auf eine Zusammenarbeit mit den Deutschen. Die Bezirksleitung der N.G. in Königgrätz wurde von der Zentralleitung wegen Herausgabe einer wirtschaftlichen Schrift ihres Amtes enthoben. Der tiefere Grund liegt aber wohl in der ausgesprochen deutschfreundlichen Einstellung des früheren Bezirksleiters.

Die Tätigkeit auf kulturellem Gebiet war weiterhin sehr lebhaft. Zum Teil haben Oberlandräte die Veranstaltungen, insbesondere unter Hinweis darauf, daß früher viel weniger Tanzunterhaltungen und dergl. stattgefunden haben, in tragbaren Grenzen zu halten sich bemüht. Der Fortgang der Frauenbewegung war weiterhin sehr erfolgreich. Allerdings hat sich die N.G. wiederum, wie schon bei ihrem Aufbau vor einem Jahre, nicht gescheut, mit erheblichem Druck zu arbeiten. So wurde z.B. in Theresienstadt von der Jugend der N.G. ein Verzeichnis derjenigen veröffentlicht, "die es nicht als ihre nationale Pflicht ansahen, der Bewegung beizutreten". Mit Beginn des Frühlingsportes setzte eine lebhaftere Propagandaaktion zum Eintritt der tschechischen Jugend in die Turnerorganisationen ein.

Wie sehr stets zwischen Schein von tatsächlicher Einstellung geschieden werden muß, zeigt z.B., daß, obwohl offiziell in die N.G. kein Jude aufgenommen werden darf, trotzdem in Budweis bei einem Juden eine Mitgliedlegitimation der N.G. festgestellt wurde, die er trotz richtiger Angabe seiner Abstammung

22

erhalten hatte. Auch anderwärts sieht man Juden mit N.G.-Abzeichen. Erneut hat sich herausgestellt, daß Funktionäre der N.G. stark in die illegalen deutschfeindlichen Bestrebungen verwickelt sind. In Brünn wurden z.B. beide Sekretäre der Landesleitung deshalb festgenommen. Der Mörder Smudek, der vermutlich ebenfalls der illegalen Militärorganisation angehörte, war übrigens auch Mitglied der N.G. (Bezirk Taus, Kreis Pilsen).

Eine besondere Rolle innerhalb der N.G. spielt Dr. Zástěra, der mit Minister Havelka gut befreundet sein soll. Er betreibt in der Öffentlichkeit eine gewisse Opposition gegen die N.G., um einerseits der Kritiksucht seiner Landsleute entgegenzukommen und andererseits das Maß der Kritik und Opposition selbst zu bestimmen und vor allem den Gegnern der N.G. den Wind aus den Segeln zu nehmen. Dr. Zástěra ist es auch gelungen, durch Hinüberziehen von Teilen der Provinzorganisation des Tschechischen National-Sozialen Lagers diesem erhebliche Schläge beizubringen. Mehrere mährische Gau- und Bezirksleiter, aber auch böhmische (Tschaslau, Chotieborch und Primislau mit insgesamt 49 führenden Funktionären) haben Erklärungen unterschrieben, in denen sie der Prager Führung Jan Rys den Gehorsam aufsagen und sich dem Staatspräsidenten als dem Führer der N.G. unterstellen. Die Erklärungen wurden in der tschechischen Presse stark unterstrichen, ja sogar stellenweise plakatiert. Diese Schwenkungen sind vermutlich in zahlreichen Fällen mit Geld bezahlt worden.

Das Tschechische National-Soziale Lager (Vlajka) hat durch diese Einbrüche stark gelitten. Die finanziellen Schwierigkeiten der Zeitung Vlajka waren zeitweise so groß, daß sie vorübergehend nicht erscheinen konnte. All diese Momente, unterstützt von einer reichen Flüsterpropaganda, ja auch dem ausländischen Rundfunk, haben die Anhänger in der Provinz begreiflicherweise unsicher gemacht.

Die Versammlungserfolge auf Prager Boden sind jedoch weiterhin sehr gut geblieben. Die scharfen Angriffe Rys' gegen die Westmächte, die N.G. und die Protektoratsregierung sowie seine bestimmten Äußerungen für Führer und Reich haben weiter großen Beifall gefunden. Auch in der Provinz sind einige gut besuchte

Versammlungen zu verzeichnen gewesen. In Proßnitz hat die Bewegung dadurch einen gewissen Auftrieb erhalten, daß einer der dortigen Führer sich nach erheblichen Machtkämpfen durchsetzen konnte und die personellen Reibungen durch Abwanderung der verdrängten Personen in das "Nationale Lager der Faschisten" Marios ihr Ende fanden. In Mähr.-Ostrau sind die dort vorgenommenen Undiszipliniertheiten der führenden Persönlichkeiten noch nicht abschließend ausgeräumt. Verlässlich bekannt ist einstweilen nur, daß der Führer der Svatopluk-Garden Niemczyk mit seiner Berufung zum Gauleiter gerechnet und, als er nicht ernannt wurde, Rys den Gehorsam verweigert hat, so daß über ihn ein Uniformverbot verhängt wurde. Die von den Angehörigen der Vlastka aus Anlaß des Führergeburtstages veranlaßte Metallsammlung brachte beachtliche Ergebnisse, die im starken Gegensatz zu dem Sammelergebnis der übrigen tschechischen Bevölkerung steht.

Die Arische Arbeitsfront Ing. Opletals hat aus Anlaß der Geburtstage des Führers und des Stellvertreters des Führers gedruckte Gratulationswünsche nach Berlin gesandt und "ihrem Führer" die besten Wünsche ausgesprochen. Die Protektoratsgendarmerie zeigte einen Funktionär wegen Erpressung an, da er mehrfach Gemeindevorsteher und Gastwirte unter Drohungen gezwungen haben soll, für Versammlungen zu werben. Opletal selbst mußte einmal eine geplante Versammlung auffallen lassen, da nur zwei Teilnehmer erschienen waren.

Die Tschechische Nationalsozialistische Arbeiter- und Bauernpartei Mlčochs um Kromsier, Holleschau und Kojetein hat einige neue Ortsgruppen aufgestellt und übrigens auch Glückwunschtelegramme an den Führer gerichtet.

Mario versuchte in Mähren, das "Nationale Lager der Faschisten" mit einem auf die kulturelle und wirtschaftliche Autonomie Mährens abzielenden Programm wiederum zu beleben. Versammlungen in Proßnitz und Iglaeu waren jedoch volle Mißerfolge. Es waren jeweils lediglich 50 bzw. 32 Personen anwesend.

Gegen Ende April war eine Flugblattpropagandawelle der Kommunisten zum 1. Mai mit Aufrufen zu Demonstrationen zu spüren, z.B. im Oberlandratsbezirk Königgrätz und Kladno.

In Übrigen schritt die Aufrollung der illegalen kommunistischen Organisation, insbesondere der sogenannten Fünfeinheiten, fort.

II. Deutsche Bevölkerung.

Die Stimmung der Deutschen ist weiterhin gut und zuversichtlich. Das siegreiche Vorgehen in Norden hat überall Begeisterung ausgelöst. Von der Metallspende zum Geburtstag des Führers kann mit Recht gesagt werden, daß die Opferwilligkeit der aus den Tagen der Befreiungskriege und des Weltkrieges mindestens gleichkommt. Auch war überall zum Führergeburtstag fast restlos geflaggt. Wenn vereinzelt mangelnde Siegeszuversicht zum Ausdruck gekommen ist, so ist sie meist auf den starken Druck der tschechischen Umgebung mit deren Flüsterparolen zurückzuführen.

Die Erfassung der Volksdeutschen macht ständig weitere Fortschritte. In Budweis z.B. meldeten sich in der Zeit zwischen dem 1. und 25.4.1940 allein neu 220 Personen. Es melden sich aber auch Volksdeutsche, die als einzige Begründung für die verspätete Anmeldung anführten, daß sie von dem Feststellungsverfahren nichts gewußt hätten, sondern der Meinung gewesen wären, sie seien automatisch deutsche Staatsangehörige geworden. Bei der Erfassung der im Protektorat wohnenden volksdeutschen Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen für die Reichsversorgung wiederholten sich die Erfahrungen, die bei der Erfassung zur deutschen Staatsangehörigkeit gemacht worden waren. Zahlreiche Streudeutsche meldeten sich aus Gleichgültigkeit nicht, zum größeren Teil jedoch haben sie den soziologischen Druck ihrer Umgebung und deren feindliche Einstellung, sowie auch offensichtlich aus amtlichen tschechischen Kreisen stammende Drohungen nicht auszuhalten vermocht. Alleinstehende und namentlich wirtschaftlich nicht unabhängige Personen werden sichtlich durch Terror von dem Bekenntnis zum Deutschtum abgehalten. Der Unvolkungsprozeß von Deutschen zu Tschechen hält also in Einzelfällen immer noch an. Eine Kriegerwitwe in Weißenstein z.B., die noch am 1.6.1927 einen tschechisch ausgestellten Heimatschein mit "Elisabeth Frühaufer" unterschrieben hat, unterzeichnet sich bei Gelegenheit der

Korrespondenz über ihre Erfassung für die Reichsvorsorgung als "Milžbete Frühaufová". Die restlose Aufklärung dieser Fälle ist noch nicht abgeschlossen.

Das deutsche Schulwesen wächst weiter in erfreulichen Ausmaße. Inner wieder werden neue Klassen und Schulen eröffnet. So hat die deutsche Schule in Proßnitz, die vor einem 3/4 Jahr mit 2 Klassen gegründet wurde, soeben die 5. Klasse eröffnet. Anderwärts ist geplant, deutsche Schulen, die sich als unhaltbar erwiesen haben, wiederum aufzulassen und die Schüler in Schülerheimen zusammenzuziehen, um in diesen die Kinder der Streudeutschen zu sammeln. Die Zusammenfassung der Kinder in Schülerheimen, die zwangsläufig ihre Herauslösung aus der vielfach rein tschechischen Umgebung mit sich bringt, erscheint zudem als das einzig wirksame Mittel, um eine zuverlässig auch den inneren Menschen umformende Erziehung zum Deutschtum zu erreichen.

Die Juden sind oft geneigt, ihre Betriebe an Deutsche abzugeben. Sie gehen dabei von der Überlegung aus, daß Deutschland den Krieg verlieren und die Tschechoslowakei wieder errichtet werden wird. Für diesen Fall hoffen sie, daß die während der Dauer des Protektorats zu Gunsten von Deutschen durchgeführten Entjudungen für nichtig erklärt und sie mit voller Entschädigung wiederum in den Besitz ihrer Betriebe eingesetzt werden. Nach wie vor fehlt es für die durchgreifende Ausnutzung der Entjudung für Regenerationszwecke an der erforderlichen Zahl von Deutschen kapitalkräftigen Bewerbern für entjudete Betriebe.

Aber auch auf allen anderen Lebensgebieten tritt dieser Mangel an einsatzfähigen deutschen Kräften in steigendem Maße zu Tage. Die weitere Zurückdrängung der tschechischen Bevölkerung, insbesondere in den Deutschtumsinseln, macht größte Schwierigkeiten. Da die Arbeitsplätze in kriegswichtigen Betrieben besetzt werden müssen und deutsche Kräfte häufig nicht vorhanden sind, ist eine gewisse Unterwanderung unvermeidlich. Dazu kommt noch, daß in diesen Räumen die Landflucht, hervorgerufen durch anderwärts bessere Löhne, durch die Anwerbung

für die Organisation der Partei, ihrer Gliederungen und die Wehrmacht ohnehin der Unterwanderung Vorschub leistet.

B. Wirtschaft.

Von besonderen Ereignissen im wirtschaftlichen Leben des Protektorats ist die Prager Frühjahrsmesse als gut besucht zu erwähnen. Neben zahlreichen Interessenten aus dem Reich waren auch Vertreter neutraler Staaten anwesend. Besondere Nachfrage herrschte nach Möbeln und sonstigen Holzserzeugnissen; Interesse bestand auch an Glaswaren, Maschinen, Elektromaterial, Instrumenten, Lederwaren und Metallhausgerät. Bei genügender Rohstoffzuteilung wäre die Beschäftigung der Erzeugungsbetriebe auf lange Zeit gesichert.

In April ist es an mehreren Stellen zu unerfreulichen kurzfristigen Arbeitsniederlegungen im Zusammenhang mit Lohnforderungen gekommen. In Hronow (OEB Königgrätz) verlangte man die Erhöhung des Hilfsarbeiterlohnes in einem Metallbetrieb, in Tschelakowitz (OEB Melnik) legte die Arbeiterschaft für zwei Stunden die Arbeit in einer Werkzeugmaschinenfabrik nieder, da man - übrigens unbegründet - gegen die Neufestsetzung des Akkordsatzes Einspruch erhob. In Pardubitz streikten 84 Arbeiter eines Kalkwerkes, um eine Lohnerhöhung durchzudrücken. Bei allen diesen Arbeitsniederlegungen waren nirgends deutschfeindliche Gesichtspunkte erkennbar. Es ist im Gegenteil bezüglich der Besserung der sozialen Verhältnisse meist bestes Vertrauen in den steigenden deutschen Einfluß zu erkennen. In den Westböhmischnen Coalin- und Schmittwerken in Oberbirke wurde die Arbeit kurzfristig eingestellt, da man infolge der Weitergabe falscher Informationen des Ministeriums für soziale und Gesundheitsverwaltung an einen Gewerkschaftssekretär um die Höhe künftiger festzusetzender Löhne besorgt war. Schon auf die bloßen Versicherungen des Sachbearbeiters des Oberlandrats, daß die Information falsch sei, wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

In der Witkowitz-Bergbau- und Eisenhüttengewerkschaft in

Mährisch-Ostrau kam es (infolge von Witterungseinflüssen oder Sabotage?) in einer Abteilung zum Ausströmen von Gas. Bei den Arbeiten zur Behebung des Schadens sind 2 Schlosser tödlich verunglückt, 8 andere Arbeiter leicht vergiftet worden.



Im Auftrage:  
gez. Dr. Volckart  
Beglaubigt:

*J. W. W. W.*  
Reg. Sekretär.

Der Reichsprotector  
in Böhmen und Mähren

Prag, den 15. August 1940.

**Geheim**

Nr. I 1 a - 903 g

*H.*  
i. a. d.

*L. 14/8.40*

- An a/ die Abteilung I und II
- b/ sämtliche Gruppen der Behörde /einschl. Mähren/
- c/ die Herren Oberlandräte
- d/ den Herrn Befehlshaber der Sicherheitspolizei beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren in Prag/fünffach/
- e/ den Führer des SD-Leitabschnittes Prag
- f/ den Herrn Wehrmachtbevollmächtigten beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren in Prag/vierfach/
- g/ den Herrn Reichsminister des Innern, Zentralstelle für Böhmen und Mähren, Berlin. z, H. von Geheimrat Hering o.V.i.A. (zweifach).

jeweils  
persönliche  
Anschrift  
mit dem  
Zusatz  
o.V.i.A.

*W) hier nur für Hauptquartier*

Betr.: Verwaltungsbericht für die Monate Juni, Juli 1940.

In der Anlage übersende ich Abdruck des Verwaltungsberichts für Juni und Juli 1940, den ich aus dem gesamten in diesen Monaten angefallenen Material zusammengefasst habe, zur gfl. Kenntnisnahme.

Aufträge:  
Hufnagel  
Beslaubigt:  
Kanzlei  
Angestellter.



*V A*

I 1 a - 903g

Prag, den 15. August 1940.

Betrifft: Verwaltungsbericht für Juni und Juli 1940A. Deutschtumspolitik und Verwaltung.

In organisatorischer Hinsicht war die Berichtsperiode beherrscht von der Neugliederung der Oberlandratsbezirke in Mähren, die nicht nur eine zum Teil völlig neue Grenzziehung der einzelnen Amtsbereiche, sondern auch eine Neugruppierung im Bereich der Sonderverwaltungen, wie Medizinal- und Veterinärwesen, Arbeitseinsatz, Preisbildung usw., mit sich brachte. Nach der Auflösung der Oberlandratsämter Proßnitz und Kremsier wurde die Aufteilung der bisher zu diesem Amtsbereich gehörenden politischen Bezirken vorgenommen. Damit verbunden war eine von Zweckmäßigungs- und politischen Gründen veranlassete Neubegrenzung auch der übrigen Oberlandratsbezirke. Im bisherigen Umfang ist lediglich der Oberlandratsbezirk Iglau aufrecht erhalten worden. Der Oberlandratsbezirk Brünn besteht nunmehr aus den politischen Bezirken Brünn-Stadt, Brünn-Land, Tischnowitz, Boskowitz (früher Prossnitz, Wischau /früher Kremsier), der Oberlandratsbezirk Olmütz aus den politischen Bezirken Olmütz -Stadt, Olmütz-Land, Prerau Mähr., Weisskirchen, Prossnitz (früher Prossnitz), Littau (früher Prossnitz) und Kremsier (früher Kremsier), der Oberlandratsbezirk Zlin aus den politischen Bezirken Zlin, Ung.-Hradisch, Ung.-Brod, Gaya (früher Brünn), Göding (früher Brünn) und Hollschau (früher Kremsier) und der Oberlandratsbezirk Mähr.-Ostrau aus den politischen Bezirken Mähr.-Ostrau, Friedeck, Friedberg, W. Meseritsch (früher Kremsier) und Weetin (früher Zlin). Organisatorische Schwierigkeiten haben sich bisher aus der Neugliederung nicht ergeben.

Angesichts der Vergrößerung der Oberlandratsbezirke wird stärker als bisher die Abhaltung von Amtstagen in den entfernter gelegenen Orten erforderlich. Damit werden nicht nur kostspielige Anreisen zum Oberlandratsamt erspart, sondern es wird auch der Kontakt zu den Streudeutschen und ihre volkstümliche Betreuung erleichtert. Eine intensive Betreuung des Streudeutschtums ist auch in Mähren dringend geboten.

Die allgemein schwierige Lage der Studeutschen wird in letzter Zeit durch wirtschaftlichen Boykott schlimmster Art erschwert. Der Boykott greift auch zusehends auf das Land über, wozu wesentlich der urlaubsmäßig bedingte Zustrom der Städter auf das Land beiträgt.

Nach wie vor ist die aktive Volkstumsarbeit eine der wichtigsten Aufgaben im Protektorat, In der jetzigen Kriegszeit können nicht immer Maßnahmen im Grossen verwirklicht werden, die den nachhaltigen Deutschtumserfolg bringen, sondern es ist oft die mühsame Kleinarbeit des Tages, mit der Erfolge der deutschen Position erzielt werden.

Einen der wichtigsten Zweige erfolgreicher Deutschtumsarbeit im Protektorat stellt die deutsche Beamten- und Angestelltenpolitik dar. Alle Anstrengungen auf diesem Gebiet war bisher durch das unüberbrückbare Gehaltsgefälle zwischen Reich und Protektorat zum Scheitern verurteilt. Es war auf die Dauer ein unhaltbarer Zustand, daß der im Oktober 1938 hier verbliebene deutsche Beamte in der Protektoratsverwaltung ein wesentlich geringeres Gehalt bezieht als sein ins Sudetenland abgegangener und später wieder ins Protektorat zurückgekehrte Berufskamerad. Auch blieb jeder Versuch, Beamte aus dem Reich zum Eintritt in die Protektoratsverwaltung oder den Kommunaldienst zu bewegen, infolge der dort gezahlten ausserordentlich niedrigen Gehälter erfolglos. Dieses Hindernis konnte nunmehr beseitigt werden. In langwierigen Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister wurde eine grundsätzliche Einigung dahin erzielt, daß den öffentlich-rechtlichen Bediensteten der Protektoratsverwaltung eine Ausgleichszulage in der Höhe des jeweiligen Unterschieds zwischen ihren Dienstbezügen im Protektorat einerseits und den Dienstbezügen, die gleich zu bewertende Reichsbeamte nach Reichssoldenrecht erhalten. Öffentlich rechtliche Bedienstete im Sinne dieser Vereinbarung sind Bedienstete in sinngemässer Anwendung der Verordnung über die Rechtsverhältnisse der ehemaligen tschechoslowakischen öffentlichen - rechtlichen Bediensteten in den sudetendeutschen Gebieten vom 19.10.1938 (Sudetenverordnung). Die Höhe des Unterschiedsbetrages bestimmt der Reichsprotektor. Seine Entscheidung ist endgültig. Der Reichs-

31

protector entscheidet auch endgültig über die Entziehung der Zulagen in Fällen, in denen die Voraussetzungen vorliegen, unter denen gegen einen Reichsbeamten ein Dienststrafverfahren eingeleitet werden kann. Bei Eintritt des Versorgungsfalles wird eine Ausgleichszulage nach denselben Grundsätzen wie bei den aktiven Beamten gewährt.

Vorerst soll die Ausgleichszulage auf die öffentlich-rechtlichen Bediensteten im Sinne der vorgenannten Regelung beschränkt bleiben. Für die nicht unter diese Regelung fallenden Angestellten und Arbeiter wird ein noch zu bestimmender angemessener Zuschlag zu den bisherigen Bezügen gewährt werden.

Nach der grundsätzlichen Einigung mit dem Reichsfinanzminister wurde sogleich dazu geschritten, die zur praktischen Durchführung notwendigen Vorarbeiten abzuschliessen. Zunächst wurde durch den Ministerpräsidenten die Ausfüllung eines Personalfragebogens sämtlicher in Betracht kommenden deutschen Protektoratsbediensteten veranlasst. Die eingehenden Bogen werden sodann in personal- und besoldungsrechtlicher Beziehung ausgewertet und die Einstufung in Angleichung an die Reichsbesoldungsgrundsätze und darauf fußend die Errechnung der Zulage vorgenommen.

/ wurden

Unabhängig davon laufend die weitere Erhöhung des deutschen Anteils an der Protektoratsbeamten- und Angestelltenschaft, sowie die Förderung der bereits im Protektoratsdienst tätigen Deutschen betrieben. So konnten in der autonomen Finanzverwaltung mehrere Wiedereinstellungen von sudetendeutschen Finanzbeamten und Beförderungen erreicht werden. Bei den Protektoratsbahnen kehrten bisher 190 Bedienstete der ehemaligen tschechoslowakischen Staatsbahnen, die im Oktober 1938 nach den abgetretenen Gebieten versetzt worden waren, zurück, und im deutschen Siedlungsraum von Iglau wurde eine ganze Anzahl volksdeutscher Arbeitskräfte untergebracht. Die laufenden Fälle über Reaktivierungen, Rückführung von deutschen Beamtenkräften in den Dienst der Postverwaltung des Protektorats und Ueberführung von Beamtenkräften aus den angrenzenden Reichspostdirektionsbezirken zu Dienststellen der Deutschen Reichspost im Protektorat werden laufend bearbeitet. Zur Vermehrung des deutschen Elements wurden für Iglau wei-

tere 20 Kräfte und für die Iglauer Sprachinsel im Bezirk des Oberlandrats Deutsch-Brod 15 Kräfte für den Postdienst vermittelt und ihre Anstellung vorbereitet. Weitere Neueinstellungen von deutschen Bediensteten in die Protektoratsverwaltung konnten bei der Preiskontrolle, den öffentlichen-rechtlichen Versicherungsträgern, der Nationalbibliothek und den Bibliotheken der Hochschulen erreicht werden.

Nach der <sup>an</sup>hier veranlassten Einsetzung deutscher Landesvizepräsidenten in Prag und Brünn wurde daran gegangen, deren Stellung ihrer Bedeutung entsprechend aufzubauen und zu festigen. So sind die deutschen Vizepräsidenten jetzt echte ständige Stellvertreter der Landespräsidenten. Ihre Rechtsstellung gegenüber den übrigen Landesvizepräsidenten, die in Zukunft nur noch Gruppenleiter oder Referenten innerhalb der Landesbehörde sein werden, ist klargestellt.

Die aufgelösten Landesvertretungen und -ausschüsse in Prag und Brünn werden durch kleingehaltene Landesverwaltungskommissionen mit je 8 Mitgliedern ersetzt werden. In der Zwischenzeit nehmen ihre Aufgaben die Landespräsidenten wahr. Die Auswahl der Mitglieder für die beiden Kommissionen, in denen die deutschen Interessen massgeblich vertreten sein werden, steht vor dem Abschluss. Auch bei einer Reihe von Bezirksbehörden- der untersten Stufe der autonomen staatlichen Verwaltung- sind schon deutsche Bezirkshauptleute tätig. Die Einsetzung eines deutschen Bezirkshauptmanns in dem besonders wichtigen Sprachinselbezirk Wischau erfolgt demnächst.

Nach Auflösung weiterer untragbar gewordener tschechischer Gemeindevertretungen wurden an deren Stellen planmäßig deutsche Regierungskommissäre eingesetzt und damit die Deutschtumsarbeit auch in der Kommunalpolitik erfolgreich vorangetrieben. So konnten 10 weitere deutsche Regierungskommissäre vorwiegend in der Budweiser Sprachinsel eingesetzt werden. Auch Wischau erhält den schon lange erwünschten <sup>Präsidenten</sup> Gemeindeführer. Die Zahl der deutsch geleiteten Gemeinden ist damit auf 114 mit über 10% der Gesamtbevölkerung des Protektorats gestiegen. In verschiedene Gemeinde- und Bezirksvertretungen wurden weitere deutsche

Vertreter entsandt.

Der bisherige Primator der Stadt Prag Dr. Klapka musste wegen aktiver Unterstützung staatsfeindlicher Bestrebungen verhaftet werden. An seiner Stelle hat der Landespräsident den ehemaligen Landesvizepräsidenten Dr. Řiha vorläufig mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Primators der Hauptstadt Prag betraut. Während der kurzen Vakanz wurden vom deutschen Primator-Stellvertreter zahlreiche Referate bei der Stadtverwaltung mit Deutschen besetzt. Die Verhaftung Klapkas und die Einsetzung der deutschen Referenten in der Stadtverwaltung hat überall das grösste Aufsehen hervorgerufen. Man sieht bei den Tschechen darin den Beginn einer rascheren Germanisierung Prags.

Bei der seinerzeit von hier ausgegangenen Anregung für die Sprachenerlasse der Protektoratsregierung war bewusst keinerlei Druck auf die Privatwirtschaft ausgeübt worden in der Annahme, daß von diesen Seiten durch Einführung der Doppelsprachigkeit den Erfordernissen des verstärkten deutschen Verkehrs von selbst Rechnung getragen würde. Tatsächlich ist aber, trotzdem seit-her 10 Monate verfloßen sind, in dieser Richtung von tschechischer Seite so gut wie nichts geschehen. Es wurde deshalb der Staatspräsident um eine Regelung ersucht, nach der sämtliche Beschriftungen und Ankündigungen in der Öffentlichkeit, die ihrem Wesen nach für die gesamte Bevölkerung bestimmt sind, deutsch oder deutsch-tschechisch abzufassen sind. Diese Anordnung wird nunmehr laufend verwirklicht.

Noch vor Auswirkung dieses Ersuchens an den Staatspräsidenten haben einzelne Oberlandräte im eigenen Wirkungsbereich auf verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens Aufforderungen zur Anbringung von doppelsprachigen Beschriftungen erteilt, die ausnahmslos befolgt wurden. Aerzte und Apotheker konnten gleichfalls schon im voraus durch eine allgemeine Weisung zur Anbringung zweisprachiger Aufschriften gebracht werden.

Die Strassenumbenennungen werden fortgesetzt; im einzelnen Gemeinden sind sie bereits abgeschlossen. Im übrigen geht die Anbringung der neuen Schilder rasch vorwärts, wenn auch stellenweise

Schwierigkeiten bei der Materialbeschaffung, besonders bei Strassentafeln, auftreten. Bei den Protektoratsbehörden, wie politischen Behörden, Gerichten, Bahn, Post usw., macht die Umstellung auf die Zweisprachigkeit rasche Fortschritte und kann teilweise schon als abgeschlossen gelten.

Obwohl seit der Errichtung des Protektorats genügend Zeit zur Beseitigung war, mussten in der Öffentlichkeit verschiedentlich noch Schilder, Plakate, Aushängekästen, Legionärbilder, ehemalige Hoheitszeichen, Siegel, Stampiglien usw. beobachtet werden, deren Inhalt mit den heutigen staatsrechtlichen Verhältnissen unvereinbar ist. Der Ministerpräsident wurde deshalb aufgefordert, bis längstens 1.7.1940 für die Beseitigung aller Anstände in dieser Richtung zu sorgen. Zugleich wurde verlangt, bei Nichtbefolgung mit scharfen Strafen vorzugehen. Weiter ist dem Ministerpräsidenten bekanntgegeben worden, dass nunmehr auch alle Dekmäler, Bilder und Erinnerungstafeln die dem Andenken von T. G. Masaryk gelten, sofort aus der Öffentlichkeit zu entfernen sind, wobei es gleichgültig ist, ob diese Erinnerungszeichen für den Staatsmann oder den Gelehrten Masaryk errichtet wurden. Diese Entfernungsaktion ist noch im Gange.

Auf dem Gebiet des Fürsorgewesens ist durch die Reichsverordnung vom 20.6.1940 endgültig geregelte Wiedergutmachung von Schadensfällen, die durch die politischen Ereignisse anlässlich des Anschlusses des Sudetengaus und der Errichtung des Protektorats entstanden sind bemerkenswert. Für die Aufstockung der Pensionen der deutschen ehemaligen Berufssoldaten im Protektorat, d.h. die Angleichung an die Pensionen im Reich, wurden die Vorarbeiten in Angriff genommen; bereits jetzt werden an solche Militärpersonen Zuwendungen des Reiches neben den Protektoratspensionen gezahlt.

Der Aufgabenkreis der Abteilung Reichsversorgung beim Oberlandrat Prag wurde durch die Uebernahme und Ausführung der gehobenen Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene für das gesamte Protektoratsgebiet erweitert.

Im Familienunterhaltsrecht hatte sich eine Neufassung als notwendig erwiesen, da die einschlägigen Vorschriften in zahlreichen Verordnungen und Erlassen enthalten sind, wodurch der Gegenstand außerordentlich unübersichtlich geworden war. Die Neufassung liegt nun

in folgenden Verordnungen vor: Einsatzfamilienunterhaltsgesetz vom 26.6.1940, Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des <sup>satz</sup>Einfamilienunterhaltsgesetzes vom 26.5.1940 und Verordnung zur Aenderung der Verordnung über Familienunterhalt für die deutschen Staatsangehörigen im Protektorat vom 4.7.1940. Die Entwürfe dieser Verordnungen wurden vom besonderen Standpunkt des Protektorats bearbeitet.

Im Planungswesen stand die Bearbeitung grossräumiger Planungen der Wehrmacht im Vordergrund. Die Bestandsaufnahmearbeiten wurden planmässig fortgesetzt, und die Untersuchungen über die Bevölkerungsstruktur des Protektorats konnten im wesentlichen abgeschlossen und auf die besonderen Verhältnisse der Deutschen im Protektorat ausgedehnt werden.

Für die Hauptstadt Prag besteht eine eigene Planungskommission, an deren Spitze Landesrat Niemeyer steht. Dieser Kommission wurden mit der am 20.6.1940 ergangenen Durchführungsverordnung nähere Anweisungen insbesondere für die Anlage des Raumordnungs- und Flächennutzungsplanes und der Baupläne nach Reichsgrundsätzen gegeben. Ueber die wichtigsten Planungsobjekte Prags <sup>h-</sup> steht bereits grundsätzliche Einigung.

Die Erfahrungen, die bisher bei der öffentlichen Befragung gemacht wurden, haben wertvolle Rückschlüsse auf die Einstellung der Tschechen zu der Reichspolitik gegeben. Die Anordnung zur Befragung wurde nämlich solange damit keine Strafandrohung verbunden war, überhaupt nicht oder in sehr unzulänglichem Masse beachtet. Erst nachdrückliche Vorstellungen bei der autonomen Regierung haben dann zur Folge gehabt, dass die Bevölkerung durch Strafandrohung der zuständigen Polizeibehörden veranlasst, die Protektoratsflagge in grosser Anzahl zeigte.

Die Erfassung der deutschen Volkszugehörigen ist noch keineswegs abgeschlossen, ja die Meldungen nehmen in letzter Zeit nach den Erfolgen des Reiches wieder stärker zu. Nach dem letzten Stand kann mit ungefähr 212000 deutschen Volkszugehörigen im Protektorat gerechnet werden. Häufig wird festgestellt, dass auch rein tschechische Volkszugehörige sich um die deutsche Staatsangehörigkeit bemühen. Die Gründe hierfür liegen zum Teil darin, dass Befürchtungen über eine Umsiedlung der tschechischen Volksteils aus dem Protektorat nach dem Kriege in Umlauf sind,

und die einzige Möglichkeit, dieser Umsiedlung zu entgehen, in der Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit erblickt wird. Zum anderen Teil aber versuchen politische Gegner, ihre zersetzende Tätigkeit unter dem Deckmantel der deutschen Staatsangehörigkeit aussichtsreicher fortsetzen zu können. Die Oberlandräte sind angewiesen die eingehenden Meldungen zum Deutschtum streng zu prüfen.

Hinsichtlich der Behandlung der Ehefrauen deutscher Volkszugehörigkeit protektoratsangehöriger Männer wurden die Verhandlungen zu einem, allerdings volkstumpolitisch unbefriedigenden, Abschluss gebracht. Danach bleiben Ehefrauen deutscher Volkszugehörigkeit die mit Protektoratsangehörigen Männern verheiratet sind, zunächst Protektoratsangehörige und genießen lediglich den Vorzug erleichterter Einbürgerung.

Durch die Verordnung des Reichsprotectors vom 20.6.1940 wurde die Zuständigkeit zur Entgegennahme von Kirchenaustrittserklärungen deutscher Staatsangehöriger von den Bezirksbehörden auf die deutschen Landesbeamten übertragen.

In der Statistik wurde die amtliche Agrarstatistik erheblich ausgebaut und grundsätzlich an die Reichsstatistik angeglichen.

Das deutsche Schulwesen kommt aus volkstumpolitischen Gründen im Protektorat ganz besondere Bedeutung zu. In vielen Familien ist aus früheren Zeiten ein starker deutscher Bluteinschlag vorhanden, der nur durch das lange Zusammenleben mit den Tschechen und deren bekannte Unterdrückungsmethoden nicht mehr erkennbar ist, so dass diese Familien heute als tschechisch gelten. Wenn es auch oft nicht mehr gelingt, die Erwachsenen aus solchen Familien wieder zum Deutschtum herüberzuziehen, so gelingt es umso häufiger bei der Jugend. Der Erwecker des deutschen Empfindens im Kinde ist aber vorwiegend die deutsche Schule. Es ist ein erfreuliches Zeichen des erwachenden deutschen Volkstums, dass von Oberlandräten in vielen Fällen ein ganz beträchtliches Ansteigen der deutschen Schülerzahl gemeldet wird. Als Folge davon konnten weitere deutsche Schulen eröffnet werden, so eine deutsche Oberschule in Königgrätz, eine deutsche Handelsakademie in Mähr.-Ostrau und verschiedene neue Volksschulen in streudeutschen Gebieten. Dem mit dem weite-

ren Ausbau des deutschen Schulwesens immer fühlbarer werdende Lehrermangel wird durch verstärkte Abordnungen von Lehrern aus dem Reich entgegengetreten. Das deutsche Schulwesen bedarf als eines der vorzüglichsten Mittel im Volkstumskampf jeder möglichen organisatorischen und finanziellen Förderung.

Die für das Protektorat besonders wichtige Einrichtung der Schülerheime hat sich hauptsächlich für die Kinder Streudeutscher als ausgezeichnetes Mittel erwiesen, den Kindern die erforderliche nationale Ausrichtung zu geben. In diesen Heimen werden die Kinder während des ganzen Schuljahres untergebracht und betreut. Sie erlernen dort häufig erst die deutsche Sprache, die sie zu Hause und ausserhalb der Schule meist überhaupt nicht hören. Zur Errichtung von Schülerheimen, die bisher vorwiegend vom deutschen Kulturverband betreut sind, wurden nicht nur Reichsmittel zur Verfügung gestellt, sondern es konnten auch beträchtliche Erweiterungen des Voranschlages des Schulministeriums erreicht werden. Der Ausbau einer ganzen Anzahl von Schülerheimen geht rasch vorwärts. Auf der anderen Seite wurde durch ein generelles Bauverbot die weitere Errichtung von tschechischen Schulen unterbunden.

Schwierig und umfangreich gestaltet sich die nunmehr durchzuführende Ueberprüfung der tschechischen Schulbücher. Hier ist es notwendig, durch oft ganz radikale Eingriffe die während der 20 jährigen tschechischen Herrschaft systematisch betriebene Jugendverhetzung im antideutschen Sinn auszumerzen.

In organisatorischer Beziehung wurde im Zuge der Angleichung der Schulen des Protektorats an die des Reichs die bisher dreiklassige Bürgerschule zur vierklassigen Schule umgestaltet, die sich an das 4. Volksschuljahr anschliesst. Wenn die Verhältnisse es gestatten, können auch sechsklassige Bürgerschulen eingerichtet werden. Die Erteilung des Deutschunterrichts in tschechischen Volksschulen ist vom 3. Schuljahr an pflichtmässig, wenn sich wenigstens 12 Kinder dazu melden.

Die dieses Jahr besonders umfangreich geplanten Sommerlager der tschechischen Jugend wurden durch entsprechenden Erlass des

Reichsprotectors rechtzeitig abgebremst und in die entsprechenden Bahnen zurückgeführt. Verboten wurden alle Lager der Turn-Sport- und Jugendverbände, weil zu befürchten ist, dass diese die Gelegenheit zur politischen und vielleicht auch militärischen Schulung der tschechischen Jugend missbrauchen würden. Zugelassen wurden nur Lager der Jugendfürsorge für kranke und erholungsbedürftige Kinder.

Im Kultuswesen wurde von tschechischer Seite durch Bestellung eines deutschen Prälaten für den deutschen Anteil an der Prager Erzdiözese einigermaßen Verständnis gezeigt. Der durch Tod erledigte Bischofsstuhl in Budweis soll wieder mit einem deutschen Bischof besetzt werden.

Einen wesentlichen Gewinn für das Prager deutsche Musikleben stellt die Rückgabe des ehemaligen Konzerthauses Rudolfinum, welches von den Tschechen im Jahre 1919 zur Unterbringung des Parlaments beschlagnahmt worden war, dar.

Auch auf dem Gebiet des Medizinalwesens stand in der Berichtszeit die Deutschtumsarbeit im Vordergrund. In Brünn konnte das 5. grosse Krankenhaus unter deutsche Leitung gestellt werden, indem das Krüppelheim Königsfeld mit einem deutschen leitenden Arzt besetzt wurde. Damit haben die deutschen Krüppel im Protektorat eine eigene Anstalt zu ihrer Betreuung erhalten. Zum erstenmal wurde auch ein deutscher Arzt mit der Leitung einer Irrenanstalt, nämlich der Landesanstalt in Kosmanos, betraut. Weiter konnten ärztliche Stellen an den Krankenhäusern in Beraun, Pilsen und Königgrätz mit Deutschen besetzt werden.

Die deutschen Schwestern in den Universitätskliniken wurden in das Deutsche Rote Kreuz überführt. Damit ist jedoch die wichtige Frage der Versorgung dieser Kliniken mit deutschem Pflegepersonal noch immer nicht befriedigend gelöst. Schuld daran ist in erster Linie, daß für die deutschen Kliniken noch keine einheitliche deutsche Verwaltung besteht.

In Prag wurde eine deutsche Hebammenschule, die insbesondere dem auf dem Lande sehr empfindlichen Mangel an deutschen Hebam-

39

men abhelfen soll, errichtet. Deutsche Hebammen stehen den Streudeutschen heute noch so gut wie nicht zur Verfügung und zur Abneigung der deutschen Frauen gegenüber tschechischen Geburtshelferinnen trägt nicht nur der Nationalitätsunterschied, sondern vor allen deren Unkenntnis und mangelnde Erfahrung bei. Weiter wurde in Prag eine deutsche Diätassistentinnenschule und eine deutsche Schule für medizinisch-technische Gehilfinnen und Assistentinnen nach reichsdeutschen Grundsätzen eröffnet.

Das Deutsche Rote Kreuz ist weiter ausgebaut worden. Es fanden verschiedene Ausbildungs- und Schulungskurse statt. In Mähren wurden die ersten Rettungskraftwagen in Dienst gestellt.

Die ansteckenden Krankheiten im Protektorat hatten den üblichen Umfang. In einer südmährischen Gemeinde mußte eine Paratyphusepidemie, deren Ursprung in verunreinigten Wasser liegen soll, bekämpft werden.

Im Veterinärwesen wurde die Erfassung der im Protektorat ansässigen deutschen Tierärzte zu Ende geführt. Dabei zeigte sich, dass eine Anzahl deutscher Tierärzte erst jetzt, als sie ihre Existenz gegenüber den Tschechen restlos gesichert wussten, zum Deutschtum zurückfanden, während sie sich bisher als Tschechen ausgaben.

Die autonomen Fleischbeschauvorschriften sollen bei ihrer Durchführung möglichst den Reichsvorschriften angeglichen werden. Wie die Oberlandräte berichten, werden von den autonomen Fleischbeschauern die Amtspflichten durchweg lax und teilweise so unkundig durchgeführt, daß einzelnen Tierärzten die Ablegung von Wiederholungsprüfungen auferlegt werden musste. Schwere Mängel in dieser Richtung haben sich insbesondere am Schlachthof in Deutsch-Brod ergeben. Auch Schwarzschlachtungen werden von den tschechischen Fleischbeschauern bedenkenlos zugelassen. Die Trichinenbeschau fehlt mangels Mikroskopen in den Landgemeinden noch fast vollständig. Einer ordnungsgemässen Fleischschau muss deshalb grösster Wert beigemessen werden, weil das Fleisch

40

für die deutschen Wehrmachtsteile im Protektorat grössten teils von tschechischen Fleischbeschauerh besichtigt wird.

In den deutschen Interessengebieten Mährens soll die Einstellung von ehemaligen tschechischen Militärgagisten als Fleischbeschauer hintenangehalten werden. Deutsche Meldungen für Fleischbeschauerposten sind bisher aber nur spärlich eingegangen, doch wird mit Hilfe der Partei in dieser Richtung weiter geworben.

Die Veterinärsachbearbeiter der Oberlandräte nahmen laufend Kontrollen der Schlachthäuser ihrer Bezirke vor. Dabei machten sich häufig Beanstandungen hygienischer Mängel notwendig. Insbesondere lässt noch die Fleischbehandlung und die Reinlichkeit viele Wünsche offen, wenn auch gegenüber früher schon wesentliche Fortschritte erreicht wurden. Viele Gemeinden unterziehen ihre Schlachthäuser über Anregung der Oberlandräte einer Modernisierung. Größere Vorhaben scheitern aber am derzeitigen Mangel an Baurohstoffen und Arbeitern.

Besondere Aufmerksamkeit wird hauptsächlich jetzt während der heissen Jahreszeit der veterinarpolizeilichen Nahrungsmittelkontrolle gewidmet. Laufende Untersuchungen zeigten erhebliche Misstände in Gastwirtschaften, Fleischereien und Lebensmittelgeschäften. Verdorbene Waren mussten über Auftrag mehrfach vernichtet werden.

An Tierseuchen traten Schweinepest und Schweinelähmung verschiedentlich auf und verursachten insbesondere im Melniker Bezirk erhebliche Verluste. Bei der Tollwutbekämpfung wurde erreicht, dass, künftig auch im Protektorat die Gendarmerie und staatlichen Polizeiorgane voll eingeschaltet werden.

Im Vordergrund der Aufgaben des Verkehrswesens steht die weitere Angleichung des Bahn- und Strassenverkehrs an das Reich. Einmal soll in dieser Hinsicht die Protektoratsgrenze schon jetzt möglich unsichtbar gemacht werden, und zum anderen ist die mehr und mehr notwendige Einspannung der Protektoratsbahnen zur Unterstützung der Reichsbahn vorzubereiten, um deren angespannte Transportlage zu erleichtern. So werden die Protektoratsbahnen vor allem für den Kohlentransport nach Italien und die Mineralölaufuhr benötigt. Es wurden deshalb umfangreiche Ueberprüfungen von Strecken auf ihre Leistungsfähigkeit vorgenommen und neue Fahrpläne für den Lastenverkehr aufgestellt. Bei den Lokomotivleistungen wurde zwischen der Reichsbahn und den Protektoratsbahnen die Angleichung durch Einführung einheitlicher Grundlagen vollzogen. Die Vorbereitungen für die Normung der im Falle einer späteren Güterwagengemeinschaft in den Gemeinschaftspark einzustellende Güterwagen der Protektoratsbahnen sind in Angriff genommen worden. Bei der Angleichung der Systeme der Bauformen der Protektoratsbahnen an jene der Reichsbahn machte sich, wie dies auch auf anderen Gebieten immer wieder zu beobachten ist, die bekannte Verschleppungstaktik der tschechischen Beamten bemerkbar.

Im Tarifwesen wurde die Fahrpreisermissigung zum Besuch verwundeter oder kranker deutscher Kriegsteilnehmer und zur Beerdigung verstorbener deutscher Kriegsteilnehmer im Binnenverkehr der Protektoratsbahnen und im Verkehr zwischen dem Protektorat und dem übrigen Reich, sowie im Durchgangsverkehr eingeführt.

Die Bahnhofsreklamen auf den Prager Bahnhöfen und in deutsche geleiteten Gemeinden werden künftig nur noch zweisprachig gestattet.

Im Strassenverkehr mussten zur Einsparung von Rohstoffen weitere verkehrsbeschränkende Maßnahmen getroffen werden. So wurden Höchstgeschwindigkeiten für Nutzkraftfahrzeuge und Omnibusse angeordnet und Omnibusfahrten an Sonntagen weitgehend eingeschränkt.

42

Die Erfassung des gesamten Nutzkraftfahrzeugsparks im Protektorat wurde im Einvernehmen mit der Wehrersatzinspektion in Angriff genommen.

Die Einführung der Strassenverkehrszulassungsordnung und der Strassenverkehrsordnung wirkt sich bisher gut aus.

Im Strassenwesen geht die Anfertigung und Aufstellung der für die Bezirkstrassen im ganzen Protektorat auf Grund der Strassenverkehrsordnung vorgeschriebenen Verkehrsschilder rasch vorwärts und wird laufend überwacht. Die Zahl der aufstellenden Schilder beträgt ungefähr 140000 Stück.

Durch die Errichtung von ausgedehnten militärischen Anlagen macht sich verschiedentlich der Bau von Ersatzstrassen notwendig, deren Planung zum Teil bereits festliegt. Eine Reihe von geplanten Strassenneubauten der Protektoratsverwaltung wurde überprüft und der laufende Ausbau, sowie die Herrichtungsarbeiten an Staats und Bezirkstrassen überwacht.

Das Landsstrassennetz im Protektorat ist nach den Richtlinien des Altreichs durch Nummerierung und Festlegung der Staatsstrassen, sowie der Landstrassen I. Ordnung aufgeteilt worden.

Die Autobahnstrasse Brünn-Zlin über das Marsgebirge ist festgelegt und genehmigt.

Bei der Post ist die Belieferung sämtlicher 1656 Postämter im Protektorat mit den <sup>den</sup> neuen Sprachenvorschriften entsprechenden Stempeln abgeschlossen. Die Ueberprüfung der Anlage und sprachlichen Form aller von der Protektoratspost einschliesslich Postsparkasse herausgegebenen Formblätter wurde begonnen mit dem Ziel, Fremdwörter und nicht mehr gebräuliche Ausdrücke durch die Fachausdrücke der Reichspost zu ersetzen.

Bei den vielfach verwendeten Postwerbbestempeln hat sich gezeigt, dass die Bestimmung, wonach Werbbestempel, die sich ausschliesslich an einen Bevölkerungsteil wenden, einsprachig gehalten sein können, dazu benutzt wird, den deutschen Bevölkerungsanteil auszuschalten. So wurde z.B. ein Stempel mit der Inschrift " Jeder Tscheche einmal in Prag" verwendet.

Für entsprechende Abhilfe in dieser Richtung wurde gesorgt. In weiterer Durchführung der Sprachenvorschriften hat das Verkehrsministerium die Fernsprechvermittlungskräfte angewiesen, sich deutsch und tschechisch zu melden.

Von der Protektoratspost wurde eine Sondermarke mit Zuschlag zu Gunsten des Deutschen Roten Kreuzes in Umlauf gesetzt, die bisher bereits einen Reinertrag von 78.000.-- RM brachte. Der Verkauf der Marke wird noch fortgesetzt. An der nordböhmischen Grenze hat die Reichspostdirektion Aussig auf Antrag der örtlichen Wehrmachtsstelle eine grenzüberschreitende Kraftpostlinie in kleinerem Umfange eingeführt. Die weiter geplanten Linien können bei der derzeitigen Betriebsstoff- und Personalknappheit vorläufig nicht errichtet werden.

Um den häufigen, durch mangelnde Stromversorgung bedingten Unterbrechungen und Störungen des Reichssenders Böhmen entgegenzutreten, wurde ein eigenes Diesel-Aggregat angeschafft, dessen Inbetriebstellung aber noch längerer Vorarbeiten bedarf. Inzwischen ist mit dem bisherigen Stromlieferanten eine bessere Stromzufuhr abgesprochen worden.

Im Finanzwesen wurde als wesentlicher volkstumpolitischer Erfolg die Ausdehnung der reichsrechtlichen Bestimmungen über Ehestandsdarlehen und laufende Kinderbeihilfen auch auf bei deutschen Staatsangehörigen im Protektorat erzielt, und die Durchführung bereits in die Wege geleitet. Einem wahrscheinlich auf Veranlassung der Nationalen Gemeinschaft beschlossenen Verordnungsentwurf der Protektoratsregierung über die Gewährung von Ehestandsdarlehen und Unterstützungen an kinderreiche Familien im Protektorat ist aus naheliegenden Gründen die Zustimmung versagt worden.

Angesichts der bevorstehenden Aufhebung der Zollgrenze wurde das autonome Finanzministerium bereits jetzt veranlasst, einen Verordnungsentwurf zur Einführung des deutschen Umsatz-

steuerrechts im Protektorat auszuarbeiten. Der Entwurf hat auch schon die grundsätzliche Zustimmung des Reichsfinanzministers gefunden.

In der steuerlichen Behandlung von Spenden für das Deutsche Rote Kreuz hat der Finanzminister in Prag auf Ersuchen angeordnet, derartige Spenden steuerfrei zu behandeln.

Bei der Ernennung der Mitglieder und Ersatzmänner für die Steuerkommissionen konnte das Finanzministerium dazu verhalten werden, in diese Kommissionen deutsche Mitglieder in einer Zahl zu berufen, die nicht nur dem deutschen Bevölkerungsanteil, sondern vor allem der wirtschaftlichen Bedeutung des deutschen Volkstums im Protektorat entspricht. Den Oberlandräten wurde durch Rundschreiben Anweisungen erteilt, wie sie auf die Zusammensetzung der Steuerkommissionen einzuwirken haben.

#### C. Wirtschaft.

Auf handelspolitischen Gebiet sind die Vorbereitungen für die Aufhebung der Zollgrenze weitergeführt worden. Ausser mit der Slowakei und der Schweiz sind für den Fall des Wegfalles der Zollgrenze bereits mit allen beteiligten Ländern Übereinkommen erzielt worden.

Die Ausfuhr hielt sich auch im Juni auf beachtlicher Höhe. Die Lieferungen ins Ausland stiegen gegenüber dem Vormonat um 11%. Die Lieferungen in das Reich gingen um 14 % zurück.

Der Goldbestand der Nationalbank des Protektorats hat sich um 48.000.-- K erhöht, während sich Auslandsforderungen und Valutenvorräte um 1.326.000.-- K vermindert haben. Die Kreditgeschäfte der Nationalbank haben weiter abgenommen.

Im Juli wurde mit der Ausgabe der neu geprägten Zwanzigheller-Zinlmünzen begonnen. Die Verordnung über die Ausprägung der Fünfzigheller-Münzen ist in Vorbereitung.

Gewerbliche Wirtschaft.

Auf organisatorischem Gebiet sind die Leitungen der Wirtschaftsgruppen des Zentralverbandes des Handels endgültig besetzt worden.

Bei den der gewerblichen Wirtschaft angehörenden Industriezweigen waren in der Erzeugung, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, kaum Schwankungen zu verzeichnen. Die Kohlenförderung verlief planmäßig und unter Ausnutzung der Höchstleistungen der Werke. Trotzdem konnte auch nicht annähernd der Bedarf an Kohlen gedeckt werden. Die festgesetzten Kontingente für den Hausverbrauch erscheinen als viel zu niedrig, und fast alle Oberlandräte berichten, dass bei der Bevölkerung die schlimmsten Befürchtungen für den Winter laut werden, dass an eine Anlage von Hausvorräten gar nicht zu denken sei. Auch für die Landwirtschaft soll für den kommenden Drusch nicht genügend Kohle zur Verfügung stehen. In der Energiewirtschaft war die Versorgung mit Wasser, Gas und Elektrizität durchaus ausreichend.

Die Treibstofflage war im allgemeinen befriedigend. Die Verhandlungen mit Rumänien wegen Einbeziehung des Protektorats in das mit dem Reich abgeschlossene Oelabkommen sind in einer für das Protektorat günstigen Form abgeschlossen worden. Die Versorgung des Protektorats mit Mineralölen ist dadurch sichergestellt. Der Treibstoffbedarf gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres ist einschliesslich des Verbrauchs der Wehrmacht um rund 72% gesunken.

Verschlechtert hat sich die Versorgung der Metallindustrie mit Rohstoffen, seitdem noch Holland und Belgien als Lieferanten weggefallen sind. Es ist deshalb eine wesentliche Herabsetzung der Freigrenzen, innerhalb welcher <sup>Metalle</sup> ohne Bedarfsbescheinigung bezogen werden können, erforderlich geworden. Die Kontingentierung des Eisen- und Stahlbedarfs musste auch auf das Handwerk ausgedehnt werden.

Von den rohstoffbearbeitenden Industrien trat lediglich bei der Kautschukindustrie eine gewisse Belebung durch grössere Einfuhren aus Italien ein, die die Beschäftigung dieses Industrie-

46

zweiges auf längere Zeit sichern. Bei der Baumwoll- und Wollindustrie fehlen Einfuhren fast gänzlich. Die Maßnahmen zum Zwecke der Stilllegung von Textilerzeugungsbetrieben haben einen gewissen Abschluss gefunden. Es werden 55 Textilerzeugungsbetriebe endgültig und 16 Betriebe kriegswirtschaftlich stillgelegt.

In volkstumsmäßiger Hinsicht konnte die deutsche Wirtschaft durch Ausbau der Reichswirtschaftshilfe gestärkt werden. Die Bedingungen für reichsverbürgte Kredite und Reichsdarlehen wurden verbessert und dadurch ermöglicht, dass dem Grossteil des deutschen Kreditbedürfnisses im Protektorat unter fast vollständiger Reichsbürgerschaft wird entsprochen werden können.

Einen besonderen Raum in der Wirtschaftsbeaufsichtigung und Lenkung nimmt weiterhin die Arisierung ein. Sie hat in der letzten Zeit beträchtliche Fortschritte gemacht. Bei fast allen wesentlichen jüdischen Betrieben, insbesondere den für die Kriegswirtschaft wichtigen, sind Entjudungsverfahren anhängig. Die Entjudung der Kohlenwirtschaft und des Kleinhandels ist nahezu vollständig durchgeführt. Im Film ist sie im vollen Umfange eingeleitet.

Die Verwalter jüdischen Vermögens wurden einer besonderen Zulassungspflicht unterworfen, um Misstände, die sich durch die Tätigkeit ungeeigneter Personen und durch die Erhebung übermäßig hoher Gebühren ergaben, abzustellen. Für die Bewertung jüdischer Unternehmen wurden einheitliche Richtlinien herausgegeben.

Weiterhin wurden Massnahmen für eine Säuberung der Erholungsorte in der Umgebung Prags, die derzeit von Juden geradezu überschwemmt sind, veranlasst.

#### Ernährung und Landwirtschaft.

In der Ernährungswirtschaft zeichnet sich die Versorgungslage auf den Gebieten der Lebensmittel- und Futtermittelwirtschaft durch Uneinheitlichkeit und Schwankungen aus.

Gewisse Verknappungserscheinungen zeigten sich örtlich am Getreide- und Mehlmarkt, die auf ungenügende Einfuhren zurückzuführen waren, aber durch Einschaltung der Marktorganisationen behoben werden konnten. Der Bedarf an Hülsenfrüchten, Reis und Nahrungsmitteln konnte restlos gedeckt werden. Die Zuteilung an Futtermitteln musste geringer als in den Vormonaten gehalten werden. Insbesondere fehlt Hafer und Mais, was sich sehr ungünstig auf die Leistung der Zugtiere auswirkt.

Die Vorbereitungen für die marktordnenden Bestimmungen für das Getreidewirtschaftsjahr 1940/41 konnten bisher nicht zum Abschluss gebracht werden, da bisher zwischen den beteiligten Stellen keine Einigung wegen der Mühlenkaufpreise und der Brotpreise möglich war. Erschwert wurden die Verhandlungen durch die noch ziemlich ungewissen Ertragnisse der heurigen Ernte. Mit Rücksicht auf die starken Ueberwinterungs- und Überschwemmungsschäden muss mit einer erheblich unter dem Durchschnitt liegenden Weizen- und Roggenernte gerechnet werden, während die Gerste- und Haferernte durchschnittlich zu werden verspricht. Die Folge ist die notwendig werdende <sup>erhebliche</sup> Einfuhr von Brotgetreide, Verteuerungen der Brotpreise dürften dadurch unausweichlich werden. Die Brotationen im Protektorat sind den für Süddeutschland vorgeschriebenen Sätzen angepasst.

In der Fleischversorgung sind keine nennenswerten Störungen eingetreten, da der im Inland nicht zu deckende Bedarf durch Einfuhr gedeckt wurde. Zeitweise Verknappungen sind auf Verspätungen in der Einfuhr zurückzuführen. Nach der Festlegung der Viehhöchstpreise ist allgemein ein Zurückhalten der Rinder durch die Landwirte zu bemerken, da die Höchstpreise eine wesentliche Senkung der bisher geforderten Preise darstellen. Sollten die Zurückhaltungen anhalten, müssten erneut Zwangsablieferungen erzwungen werden. Die Fleischrationen liegen im Protektorat 75 Gramm höher als im Reich, bedingt durch die schlechte Fettzuteilung.

Seit der Neuregelung der Milchfassungsbezirke hat sich die Milchanlieferung ganz wesentlich gehoben. Auch die Milchkannenbeschaffungsaktion konnte hinsichtlich der Rohmaterialfrage abgeschlossen werden. Es werden täglich im Protektorat 280 Milchkannen hergestellt.

Infolge der starken Fetoverknappung war es bisher nicht möglich, die Fettrationen auf die Reichssätze heraufzuführen. Die Reichssätze betragen 270<sup>Gramm</sup> die Woche, abgesehen von den in letzter Zeit mehrfach bewilligten Sonderzuteilungen, während die Rationen im Protektorat erst seit der letzten Zuteilungsperiode auf 170 festgesetzt werden konnten. Als ein gewisser Ausgleich auf dem Fettgebiet ist die Zuteilung von einem Viertelliter Vollmilch je Tag zu werten. Auch kann berücksichtigt werden, dass Käse im Protektorat markenfrei abgegeben wird. Die zur Besserung der Fettversorgung vereinbarte Buttereinfuhr aus dem Reich wurde durch Vermittlung der Marktorganisation erfolgreich in die Wege geleitet. Es wurden auch Schritte unternommen, um den Butterzoll für die aus dem Reich eingeführten Buttermengen zu beseitigen.

Die Versorgung mit Kartoffeln verlief, von Einzelverknappungen abgesehen, glatt. Der Bedarf an Frühkartoffeln wurde zunächst aus Italien gedeckt. Der Uebergang auf heimische Frühkartoffeln ging verhältnismäßig gut vonstatten. Grössere Mengen heimischer Frühkartoffeln gingen in das Sudetenland.

Von überall wird eine gute Ernte in Frischgemüse gemeldet, sodass nach der Deckung des hiesigen Bedarfs beträchtliche Mengen ins Reich abgegeben werden konnten. Bei Obst ist allgemein, verursacht durch die starken Fröste, eine geringe Ernte zu verzeichnen.

Der laufende Eierbedarf der Bevölkerung konnte gedeckt werden. Darüber hinaus hat die Einlagerung in Kühlhäusern weitere Fortschritte gemacht. Die Vorratswirtschaft dürfte in 2 Wochen abgeschlossen sein, so dass die dann anfallenden Eier ausschließlich dem Frischverbrauch zufallen werden. Von den bisher der Anlegung von Haushaltsvorräten zugeführten Frischeiern wird

vielfach gesagt, dass sie nicht einwandfrei und teilweise überhaupt verdorben waren.

Bei der technischen Durchführung der Kriegswirtschaft auf den Ernährungssektor wurde das Landwirtschaftsministerium bei der Vorbereitung der einzelnen Kundmachungen und Erlasse laufend unterstützt. Die Durchführung des Druckes der Lebensmittelkarten und die Ausgabe an die Bevölkerung werden ständig überwacht. Der Ernährungsdienst bei den Bezirksbehörden ist den Anforderungen der Kriegesernährungswirtschaft noch nicht gewachsen.

In organisatorischer Beziehung ist der Aufbau des deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens zu einem vorläufigen Abschluss gekommen und dem weiteren Ausbau des Genossenschaftsnetzes kann nunmehr besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Die für die Betriebsmittel-Aktion zur Verfügung stehenden Beträge wurden von 2,5 Millionen RM auf 3,5 Millionen RM für das Jahr 1940/41 erhöht.

Der Grundbesitzwechsel landwirtschaftlicher Art ist zur Zeit schwach, stärker ist die Nachfrage nach Baugrundstücken. Der gesamte Grundstücksverkehr steht unter der Aufsicht der Oberlandräte.

Die Arisierung der landwirtschaftlichen Güter wird in gemeinsamer Tätigkeit mit dem Bodenamt weitergetrieben, insbesondere bei kleineren Grundstücken unter 5 ha, die in bestimmten Bezirken zur Befriedigung der Kaufbewerber, die ihr Eigentum für Reichszwecke hergeben mussten, eingesetzt werden. Grössere landwirtschaftliche Güter jüdischer Eigentümer blieben vorläufig von der Arisierung ausgenommen, doch wurden Treuhänder eingesetzt und ihre Verwendung in der Erzeugungsschlacht sichergestellt. In 35 nachträglich erfassten jüdischen Unternehmungen hauptsächlich Fleisch- und Viehhandelsbetrieben, wurden deutsche Treuhänder eingesetzt, und bei 32 Betrieben begann die Liquidierung.

Landeskulturarbeiten sollen, besonders in den deutschen Sprachinseln gefördert werden. Der Einsatz von RAD wird dabei erwogen. Geplant sind insbesondere Bodenverbesserungen Wegebauten und Dorfverschönerungen. Hierzu werden Protektorratsmittel und zur Deckung der eigenen Beträge Darlehen der Bodensverkehrsgenossenschaft an die deutschen Gemeinden und Wassergenossenschaften gewährt werden.

Forst- und Jagdwesen.

In letzter Zeit hat sich ein fühlbarer Mangel, an deutschen Forstbeamten gezeigt, der sich später noch vergrössern dürfte, da heute noch viele deutsche Waldbesitzer tschechisches Forstpersonal beschäftigen. Eine deutsche Schule zur Ausbildung von Forstbeamten stand bisher im Protektorat nicht zur Verfügung. Es wurde deshalb die bisherige tschechische Forstschule in Mähr.-Weisskirchen unter deutsche Leitung gestellt und wird im September als deutsche mittlere Forstschule mit zwei-jährigen Lehrgang eröffnet werden.

/im

Um die Reich ausgebauten Bestrebungen auf forstfachlichem Gebiet auch im Protektorat zu verbreiten, und den hier ansässigen deutschen Forstleuten und Waldbesitzern eine organisatorische Bindung zu geben, wurde die Gruppe Böhmen/Mähren des Deutschen Forstvereins gegründet. Ebenso wurde die Gründung der Gruppe der Deutschen Jägerschaft im Protektorat, die in die Deutsche Jägerschaft eingegliedert wurde, und in der bereits alle deutsche Jäger im Protektorat zusammengeschlossen sind, eine Neuorientierung des Jagdwesens in die Wege geleitet.

Wie einzelne Oberlandräte berichten, wurde die bisher sehr hohe Zahl der tschechischen Jagdscheinbesitzer ganz beträchtlich vermindert. Dadurch wurde nicht nur erreicht, dass die Jagden mehr den deutschen Volksgenossen zur Verfügung stehen, sondern es wurde auch eine grosse Zahl jagd<sup>un</sup>kundiger Personen

ausgeschaltet und Voraussetzungen für einen geregelten Abschluss gesichert.

Die Menge der im letzten Winter durch Schnee- und Windbruch geworfenen Stämme hat sich bei eingehender Sichtung als erheblich grösser herausgestellt, als ursprünglich angenommen. Die Aufräumungsarbeiten gehen unter fühlbarem Arbeitermangel und in letzter Zeit unter Einsatz slowakischer Waldarbeiter vorwärts. Es wird auch der Einsatz von Kriegsgefangenen geplant. Viele heimische Arbeitskräfte, die bisher unter Dienstverpflichtung standen, mussten, soweit es sich um Landarbeiter oder Kleinbauern handelt, für Feldarbeiten freigegeben werden. Nach Abschluss der Ernte ist mit einer Rückkehr dieser Leute und einem verstärkten Arbeitstempo zurechnen. Hindernd für die Holzabfuhr sollen die angeblich zu tiefgesetzten Fuhrlöhne sein, weshalb sich viele Fuhrwerksbesitzer weigern, Holzzufuhren zu übernehmen. Auch der teilweise katastrophale Zustand der Waldwege bringt viele Schwierigkeiten mit sich.

Oertlich wird ein starkes Auftreten der Nonne gemeldet.

Die Planung des Holzeinschlags, der 150 % des Normaleinschlags betragen wird, wurde bereits jetzt begonnen, um rechtzeitig den Holzbedarf für das kommende Wirtschaftsjahr sicherzustellen.

#### Arbeitseinsatz.

Die Wirtschafts- und damit die Beschäftigungslage hat in der Berichtsperiode die erwartete Aufwärtsentwicklung genommen und die Zahl der Arbeitssuchenden hat mit ungefähr 14000 den tiefsten Stand bisher überhaupt erreicht. Auch die Zahl der Arbeitslosen ist fühlbar gesunken. Viele Bezirke weisen überhaupt kaum mehr nennenswerte Zahlen an Arbeitssuchenden bzw. Arbeitslosen auf. Auch die Kurzarbeiterzahl

ist trotz Rohstoffverknappung und Kriegswirtschaftsmassnahmen gesunken und beträgt noch annähernd 70000. Diesen Zahlen entspricht die allgemeine Arbeitslage, welche durchweg als günstig bezeichnet werden kann.

Der fühlbare Mangel an Arbeitern in der Landwirtschaft wurde durch Einsatz von annähernd 6000 Slowaken im Protektorat gebietsweise entlastet. Der Hauptbedarf wird aber erst mit dem vollen Einsatz der Getreideernte, die dieses Jahr durch starke Lagerung sehr erschwert ist, zu erwarten sein. Slowaken müssen auch zum Teil in der Forstwirtschaft eingesetzt werden. In erster Linie wurden die Slowaken den deutschen Gutsbesitzern zugewiesen. Für den weiter ungedeckten Bedarf in der Landwirtschaft sind laufend Dienstverpflichtungen vorgenommen und Kräfte aus Notstandsarbeiten und Kurzarbeitsbetrieben herausgezogen worden.

In den Gebieten mit deutschen Bauern haben sich Studenten, auch aus dem Altreich, HJ, BDM, RAD und Parteiformationen zum Erntedienst zur Verfügung gestellt. Ihre Zahl ist oft so gross dass mehr Helfer als Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. HJ und BDM veranstalteten dabei Sommerlager und tragen mit den übrigen Erntehelfern wesentlich dazu bei, das Nationalempfinden der Streudeutschen zu heben. Es muss aber bemerkt werden, dass sich viele Bauern dem freiwilligen Erntedienst gegenüber geradezu ablehnend verhalten mit der Begründung, nur Fachkräfte haben zu wollen.

Auch auf tschechischer Seite werden Versuche für einen freiwilligen Erntedienst gemacht, und stellenweise soll die N.G. eine beträchtliche Anzahl Jugendlicher, insbesondere Studenten, mobilisiert haben. Eine gemeinsame lagerweise Unterbringung der tschechischen Erntehelfer wurde verhindert. Der Einsatz von Wehrmacht und Regierungstruppe für Erntearbeiten dürfte nur im beschränkten Ausmass in Frage kommen.

Voll beschäftigt sind der Bergbau und Stein- und Erdindustrien, welche weiterhin laufend Arbeitskräfte aufnehmen

konnten. Auch nicht annähernd kann der Bedarf der Metallindustrie an Facharbeitern gedeckt werden. In den Skoda-Werken und den Witkowitzwerken wurden zahlreiche Lehrlinge aus dem Sudetengau zur Stärkung der deutschen Arbeiterzahl untergebracht. Kurzgearbeitet wird weiterhin in der Textilindustrie, was vornehmlich auf Rohstoffmangel zurückzuführen ist. Dringende Arbeiten, für die ausser Facharbeitern in grossem Umfange Hilfskräfte benötigt werden, sind in der Bauindustrie auszuführen.

Der gewaltige Kräftebedarf im Protektorat, der nicht zuletzt auf den erheblichen Einsatz von Arbeitern im Reich zurückzuführen ist, macht nunmehr eine Lenkung des Arbeitseinsatzes ähnlich wie er im Reich schon vor Jahren begonnen wurde, notwendig. Gekennzeichnet ist diese Entwicklung durch stärkere Verwendung von Frauen in der Industrie und Einsatz von Schülern und Studenten in der Industrie und Landwirtschaft. Bereits untergebrachte Kräfte werden überprüft, ob sie eine ihren Kenntnissen und Fähigkeiten entsprechende Beschäftigung ausüben. Auf diese Weise gelingt es, Arbeitsumgruppierungen vorzunehmen und für Leute, die in ihrem Beruf bisher nicht unterzubringen waren, eine passende Beschäftigung zu finden. Besonderes Augenmerk wird dabei auf eine möglichst gehobene Unterbringung unserer deutschen Angestellten und Arbeiter zu legen sein.

#### Lohnpolitik.

Die Lenkung der Lohnpolitik des Protektorats nach deutschen Grundsätzen machte die Bestellung eines deutschen Leiters der Lohnabteilung im Sozialministerium erforderlich, der dort die bisherige autonome Lohnpolitik nach Reichsgrundsätzen führen soll.

Wesentlichste Aufgabe der Lohnpolitik war, die begonnene Angleichung der Löhne nach der Verordnung über die allgemeine Lohn- und Gehaltszulage den veränderten Lebensunterhaltungskosten entsprechend fortzusetzen. Besondere Aufmerksamkeit ist dabei dem Problem der Hebung der Löhne der Deutschen im

Prötektorat gewidmet werden. Das deutsche Gefolgschaftsmitglied hat durch seine Beiträge bei Partei, Gliederungen und Verbänden erhöhte Ausgaben, die ihm einen geringeren Nettolohn als dem Tschechen verbleiben lassen. Ein unterschiedliche Entlohnung zwischen deutschen und tschechischen Arbeitern durch tarifliche Massnahmen ist aber nur bedingt und nur das möglich wo es sich um geschlossene deutsche Siedlungsgebiete handelt. Diese Gebiet sind zum Teil in höhere Ortsklassen eingereiht worden.

Die tschechische Arbeiterschaft schenkt den deutschen Massnahmen der Lohnregulierung immer mehr Vertrauen, weil sie darin einen wirksameren Schutz gegenüber der Grossindustrie sieht, als ihn die zuständigen Protektoratsstellen, die oft selbst in enger Verflechtung mit der Industrie stehen, gewähren konnten. Insbesondere hat die vom Reichsprotector angeordnete Lohn- und Gehaltserhöhung von 50 Hellern pro Stunde sehr günstig bei der Arbeiterschaft gewirkt. Man sieht gerade darin den Beginn für eine wirksame Angleichung der Löhne an die ständig steigenden Lebensunterhaltungskosten im Protektorat. In einer Vereinbarung mit der Industrie konnte z.T. erreicht werden, dass diese die durch die Lohnerhöhung entstandenen Mehrkosten zumindestens vorläufig selbst trägt und nicht auf die Verbraucherschaft überwältzt. Erheblicher Widerstand wird dieser Lohnerhöhung von der Landwirtschaft entgegengebracht. Sie beruft sich dabei darauf, dass bei dem erheblichen Arbeitermangel die Löhne ohnedies bereits über die Tarife gezahlt werden müssen und durch den 50 Heller-Zuschlag ins wirtschaftlich<sup>e</sup> Untragbare steigen.

Als Unruhestifter in Lohnfragen haben sich die Gewerkschaftssekretäre erwiesen, die grösstenteils als frühere tschechische Marxisten die Arbeiterschaft durch künstliche Erregung von Unzufriedenheit auch in politischer Hinsicht aufzuputzen versuchen.

Sabotageakte haben infolge der bisherigen schlagartigen Bekämpfung so gut wie <sup>ganz</sup> aufgehört.

ST

Preisbildung.

Die Hauptinteresse in der Preispolitik hat die Neuorganisation der Obersten Preisbehörde in Anspruch genommen. Damit gemeinsam erfolgte eine Umorganisierung der Preisüberwachungsstellen mit einer Vermehrung und Abgrenzung des Wirkungsbereichs auf die Amtsbezirke der Oberlandräte. Inzwischen ist dem Vorsitzenden der Preisbehörde durch autonomen Erlass ein selbständiges Verordnungsrecht in Preissachen übertragen und damit seine Befugnis und Stellung der des Reichskommissars für die Preisbildung im übrigen Reichsgebiet angenähert worden.

Auf dem Ernährungssektor werden die Obst- und Gemüsepreise nunmehr wöchentlich festgesetzt. Besondere Bedeutung kommt der Regelung der Getreidepreise zu. Dabei war der Anschluss an die angrenzenden Gebiete des Reichs bei dem derzeit niedrigsten Preisniveau Sudetenland, Troppau und Oberschlesien gefunden. Durch die Festsetzung der Getreidepreise sind Preiserhöhungen der aus Getreide erzeugten Lebensmittel unvermeidlich geworden. Bei den Landwirten, die wesentlich höhere Getreidepreise erwartet hatten, hat die Festsetzung Enttäuschung hervorgerufen. Auch die festgesetzten Milchpreise werden als zu niedrig bezeichnet. Die festgesetzten Fleischhöchstpreise haben nach den Berichten fast aller Oberlandräte zu einer Fleischknappheit geführt, dass sich die Schlachtviehhändler einfach weigern, das Fleisch zu vorgeschriebenen Höchstpreisen abzugeben. Es waren deshalb häufig Zwangskäufe notwendig, um überhaupt den Fleischbedarf decken zu können. Bei Kartoffeln wird die festgesetzte Handelsspanne, die voll in Anspruch genommen wird, als zu hoch bezeichnet.

Auf dem gewerblichen Sektor besteht die Hauptarbeit in der Preispolitik immer noch in der Abstimmung der durch die allgemein angeordnete Lohnerhöhung gegebenen Verteuerung der Herstellungskosten mit den Verkaufspreisen. Einige Industriezweige sind nicht in der Lage, diese Lohnerhöhungen aufzufangen, so dass die Preiserhöhungen zugestanden werden mussten.

Besonderer Nachdruck wurde nach wie vor auf die Preisaufsicht gelegt. Ueberraschende Kontrollen haben überall stattgefunden, und in einer ganzen Reihe von Fällen mussten wieder schwere Strafen wegen Preistreiberei, meist in Verbindung mit Ketten-

56

handel, verhängt worden. Ungeachtet dessen sind aber die Preise weiter gestiegen und haben besonders in Prag den Preisstand im Reich auf einzelnen Gebieten schon überschritten.

Im Auftrage:

Gez. Hufnagel

Beauftragt:

*Hufnagel*  
angestellter

